

# Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich Nr. 1 Januar 2000 35. Jahrgang

**Démocrate**  **Suisse**  
Pages 13–15

## Statt die Vergangenheit die Zukunft bewältigen!

Gedanken zum Jahreswechsel von SD-Nationalrat Bernhard Hess



*Bernhard Hess,  
Nationalrat,  
Bern*

Das vergangene Jahr stand innenpolitisch ganz im Zeichen der «Vergangenheitsbewältigung». Dafür wurde aber viel zu wenig in die Zukunft geschaut. Noch immer sind die Regierenden nicht bereit, eine Asylpolitik zu betreiben, welche einerseits echt Verfolgten Schutz bietet, andererseits den Asylmissbrauch konsequent eindämmt. Die bilateralen Verträge mit der EU bergen die Gefahr, dass unserem Land künftig der freie Personenverkehr und eine 40-Töner-Lastwagenlawine zugemutet werden. Der verheerenden Globalisierung und den Eine-Welt-Bestrebungen zu trotzen, ist die grosse Herausforderung, der sich eine unabhängige Schweiz im Herzen Europas zudem stellen muss.

Auch im vergangenen Jahr sah sich die Schweiz weiterhin mit Forderungen von amerikanisch-jüdischen Anwälten konfrontiert. Die Bereitschaft zur Zahlung von 1,25 Milliarden Dollars durch die Grossbanken hatte jedoch einen Grossteil des Konfliktes entschärft. Der Schlussbericht des Volcker-Komitees stellte am 6. Dezember 1999 den Schweizer Banken in ihrem Umgang mit jüdischen Vermögen aus der NS-Zeit gar ein befriedigendes Zeugnis aus. Abgesehen von Einzelfällen hätten die Institute korrekt gehandelt. Die Namen von weiteren rund 25'000 Konten mit einem möglichen Bezug zum «Holocaust» sollen veröffentlicht werden. Es stellt sich aber durchaus die Frage, ob der Aufwand von ungefähr 800 Millionen Franken in einem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag stand.

### Selbstgefälliger Bergier-Bericht

Die selbe Frage stellte sich noch in verstärktem Masse einige Tage

später, als der Flüchtlingsbericht der Bergier-Kommission veröffentlicht wurde. Dieser kam zur schon seit Jahrzehnten bekannten Erkenntnis, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg durch eine humanere Flüchtlingspolitik Tausende von Menschen vor Verfolgung und Tod hätte bewahren können. Der Bundesrat wiederholte die Entschuldigung für die Versäumnisse, bekräftigte aber einmal mehr nicht, dass unser Land mehr jüdische Flüchtlinge als jedes andere Land aufgenommen hatte.

Breite Bevölkerungskreise haben restlos genug von dieser einseitigen, parteiischen und selbstgerechten Aufarbeitung der Vergangenheit in einer ganz schwierigen Zeit. Denn es ist wirklich einfach, aus der Position der Nachgeborenen die Haltung und das Verhalten der Vorfahren zu bemängeln.

Dass der ganze Konflikt die Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA weiterhin belastet, zeigte sich im Fall des elfjährigen Raoul Wüthrich. Er soll in den USA seine kleine Halbschwester sexuell belästigt haben. Die Affäre löste diplomatische Interventionen und einen gewaltigen Medienwirbel aus. Nach zweieinhalb Monaten Haft in den USA wurde der Bub endlich entlassen. Das Inzestverfahren wurde wegen eines Formfehlers eingestellt. Möglicherweise hat dieser Skandal die USA hierzu-lande noch mehr Sympathien gekostet als die Herren Bronfman, Singer, D'Amato und Konsorten. Allgemein spürt man in der Bevölkerung einen noch nie vorhandenen Anti-Amerika-Reflex. Die Schweizer Demokraten tun gut daran, als einzige politische Kraft konsequent den Kampf aufzunehmen gegen die Globalisierung und insbesondere gegen die verderbliche Amerikanisierung mit all ihren Dekadenzerscheinungen.

### Ungelöste Asylprobleme

Infolge des Kosovo-Krieges wurde unser Land von einer noch nie da gewesenen Migrationswelle von Kosovo-Albanern heimgesucht. Der Bundesrat beschloss die kollektive vorläufige Aufnahme der Kosovo-Flüchtlinge. In einer pro-

## Mobilmachung

Jetzt gilt's ernst – Stunde der Wahrheit

Nur wenn Sie bereit sind, in Ihrem persönlichen Umfeld

**10 Unterschriften**

oder mehr zu sammeln, wird das Referendum gegen die bilateralen Verträge Schweiz – EU zustande kommen.

Jede Unterschrift zählt!

Vielen Dank.

Schweizer Demokraten, Postfach 8116, 3001 Bern

*Rudolf Keller  
a. Nationalrat  
Zentralpräsident*

*Hans Steffen  
a. Nationalrat*

*Bernhard Hess  
Nationalrat  
Zentralsekretär*

vokativen Aktion brachte Bundespräsidentin Ruth Dreifuss von einem Blitzbesuch in Mazedonien 20 Flüchtlinge in die Schweiz. Nachträglich stellte sich heraus, dass einer davon eine kriminelle Vergangenheit in der Schweiz hatte!

Die Zahl der Asylgesuche erreichte im Juni einen neuen Rekordstand. Knapp 90 Prozent der Gestuchsteller stammten aus dem Kosovo. Kaum schwiegen die Waffen auf dem Balkan, stellte der Bundesrat eine grosszügige finanzielle Rückkehrhilfe der Schweiz in Aussicht. Die Landesregierung beschloss schliesslich, sicherlich auch auf Druck der SD und des Volkes, dass die rund 65'000 Flüchtlinge aus dem Kosovo die Schweiz bis Ende Mai 2000 verlassen müssen. Gespannt warten wir darauf, ob die CVP-Bundesrätin Ruth Metzler ihr Versprechen auch einlöst und in wenigen Monaten, anders als die vielen Bosnier, die Kosovaren auch wieder repatriert. Sollte dies nicht der Fall sein, müssen wir Schweizer Demokraten an vorderster Front gegen diesen möglichen Wortbruch Sturm laufen.

Die Regierenden haben es einmal mehr nicht geschafft, die Schweiz für den Missbrauch des Gastrechts unattraktiv zu machen. Die SD-

Forderung nach Internierung der kriminellen und renitenten Asylbewerber wurde sowohl auf Kantons- wie auch auf Landesebene (Motion Rudolf Keller) abgelehnt. Von allen Staaten der Welt nimmt unser kleines, dicht besiedeltes Land am allermeisten Flüchtlinge auf. Nur wenige abgewiesene Asylbewerber reisen auch wirklich wieder aus. Die SD werden weiterhin energisch dahin wirken, dass der Asyl-

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 4 EXPO – ein Fass ohne Boden?
- 5 Schule und Muttersprache
- 6 AHV: Baldiges Ende einer langen Tradition?
- 7 Das Referendum ist absolute Notwendigkeit
- 8 Veranstaltungskalender Aus den Kantonen
- 11 SD im Nationalrat
- 12 Der Leser hat das Wort

## Statt die Vergangenheit die Zukunft bewältigen!

Fortsetzung von Seite 1

rechtsmissbrauch gestoppt und darüber hinaus der Ausländeranteil abgebaut wird.

## Bilaterale Verträge als Mogelpackung

Der Bundesrat und eine überwältigende Mehrheit des Parlaments lehnten es ab, die schweizerfeindlichen bilateralen Verträge Schweiz – EU dem Volk vorzulegen. Diese bringen insbesondere eine neue massive Zuwanderung, denn der völlige Familiennachzug für EU-Ausländer wäre die Folge. Weiter ginge der Vorrang der Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt verloren. Zudem würde die Schweiz künftig von einer 40-Töner-Lastwagenlawine überflutet. Deshalb müssen die SD zusammen mit der Lega noch bis am 3. Februar 1999 50'000 gültige Unterschriften sammeln. Selbst Christoph Blocher, die AUNS und selbstverständlich auch die systemkonforme SVP stehen, wie bereits beim knapp verlorenen Kampf gegen die unschweizerische neue Bundesverfassung (oder früher beim Rassismus-Gesetz), abseits. Wir bitten sämtliche SD-Freunde, in den kommenden Tagen alles daran zu setzen, damit das Referendum auch zustande kommt.

## Das Expo-Chaos

Wie ein Abbild des innenpolitischen Bazillus, welcher die Schweiz schon seit mehr als einem Dezennium infiziert hat, mutet die Krise um die «Expo 01» an. Nach dem überraschenden Rücktritt von Pipilotti Rist kam es im August zur Explosion. Die Expo-Direktion forderte die Direktorin Jacqueline Fendt zum Rücktritt auf. Vorerst weigerte sie sich, wurde aber tags darauf entlassen.

Zu lange segelte oder irrte man auf dem angeblich dem Zeitgeist verpflichteten Luftschiff umher und wartete mit grosser Spannung auf den Bericht von Nicolas Hayek. Würde er einen Abbruch postulieren? Dem war nicht so. Aber an Kritik sparte er nicht. Er kam zum Schluss, dass die «Expo 01» nur mit einem Sondereffort, weiteren 400 Millionen Franken von Staat und Wirtschaft und einer Verschiebung um mindestens ein Jahr zu bewerkstelligen sei. Gegen den Willen der SD sprach das Parlament weitere 250 Millionen Franken. Die politische Kaste muss noch einige Überzeugungsarbeit leisten, um die «Expo 02» einer «Landi 39» anzunähern. So oder so wird diese Expo im Volk kaum je einmal populär werden.

## Der Globalisierung entgegengetreten

Die Liberalisten der US-Ostküste und ihre Nachbeter in Europa

(auch in der Schweiz) haben die Lehre der Globalisierung als nicht nur richtig, sondern allgemeinverbindlich und unumkehrbar deklariert. Kern der «Westlichen Wertegemeinschaft» sind Individualismus, Internationalismus, «Menschenrechte» sowie die Vorherrschaft der Wirtschafts- und Kapitalanlagen, die durch Wegfall von Grenzen und nationalen Unterschieden zu einem globalen System

von Markt, Gewinnvorrang und Gleichmacherei führen. An ihrer Spitze stehen die US-Amerikaner. Eine Macht wie die USA, die durch Völkermord an den Indianern, durch Schwarzenklaverei sowie durch Imperialismus (Atombombenabwurf auf Japan 1945) und unsoziale Zustände im eigenen Land «glänzen», ist kaum glaubwürdig, eine verbindliche gute und neue Weltordnung zu verkünden.

Mit Besorgnis beobachte ich, dass die SVP die Gefahren der One World-Bestrebungen bislang nicht erkannt hat. Offensichtlich sind zudem einige SVP-Exponenten den Verlockungen des internationalen Kapitalismus erlegen. Deshalb wird es die künftige Aufgabe der Schweizer Demokraten sein, einmal mehr allein auf weiter Flur gegen die verheerenden Folgen der Eine-Welt-Ideologie anzutreten.

## Kleines Lexikon der neuen politischen Grundbegriffe

### Globalisierung

Globalisierung ist das Bestreben des internationalen Kapitalismus, möglichst einheitliche, den Gewinn steigernde Rahmenbedingungen zur Heranschaffung von Arbeitskräften, zur Ausbeutung der Rohstoffe sowie zum monopolistischen Warenabsatz zu schaffen. Die weltweite Arbeitsteilung, ohne Rücksichtnahme auf gewachsene regionale Strukturen, hat ein verflochtenes System von Abhängigkeiten bewirkt. Die Zerstörung eigenständiger regionaler und nationaler Lebens- und Wirtschaftsformen ist in vollem Gange.

### Internationalismus

Internationalismus ist der Versuch, weltweit die Völker, ihre

Wirtschaft und ihre überlieferten Lebensweisen zu beherrschen, umzuformen und um des Gewinns willen auszubeuten.

Internationalismus ist das Gegenstück des Nationalismus: Er behauptet, dass alle Menschen auf der Erde gleich seien, gleiche Anliegen hätten sowie in «allmenschlicher» Solidarität zueinander stünden. Liberalismus und Marxismus entwickelten gleichermaßen internationalistische Ziele und Vorstellungen. Wesentliches Werkzeug des Internationalismus sind heute die «Vereinigten Nationen» und ihre Lehre der Globalisierung.

### Multi

Kurzbezeichnung für multinationale Konzerne, für internationalistische kapitalistische Finanz-

und Wirtschaftsansammlungen, die sich nicht an Völker und ihre Anliegen binden, sondern an schrankenlosen weltweiten Gewinn. Im Zuge liberalistischer «One World»-Vorstellungen sind die Multis die Befürworter und Nutzniesser der Globalisierung.

### One World (Eine Welt)

Wahnvorstellung von einer möglichen «Einen Welt», eines Weltstaates mit Welt-Innenpolitik. Die falsche Vorstellung wird gespeist durch den Glauben an eine «Menschheit» ohne Bindungen und Überlieferungen. Werkzeug des Imperialismus zur Schaffung der «One World» sind die UNO. Die ideologische Leimrute zur weltweiten Durchsetzung der «westlichen Werte» sind die «Menschenrechte».

## USA: Technologie-Supermacht im Abstieg

# 25 Prozent können keinen ganzen Satz schreiben

Amerika steigt ab – von einer Wirtschaftsmacht global absoluter Überlegenheit in die Liga nur noch «relativer Überlegenheiten». Auf dem erodierenden Fundament des Verlusts einer vordem breiten industriellen Leistungskultur verfügen die USA heute nurmehr über folgende Machtsäulen: absolut überlegene Militärelektronik, ein zeitlich befristetes Internet-Monopol, ein aufgeblühtes Dollar-Casino-kapital sowie derzeit noch überlegene Superuniversitäten für zahlungskräftige Minderheiten und für eine nationale und globale Macht-Elite, die überall über ihre eigenen Netzwerke verfügt.

### Weitere Zahlen und Fakten:

1. Die USA, die vier Prozent der Weltbevölkerung stellen, verbrauchen auch weiterhin 25 Prozent der jährlichen Welterdölförderung. Dies ist die Grundlage der Sicherung der US-Wirtschaft, des amerikanischen Lebensstandards und garantiert eine stabilisierende glo-

bale Dollar-Nachfrage – in diesem Credo sind sich alle US-Medien einig. Für das US-Establishment stellt es daher eine glückliche Fügung dar, dass sich mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in der ehemaligen südlichen Sowjetunion weitere Erdölquellen für den US-Bedarf im 21. Jahrhundert eröffnet haben, die noch grösser sind als die der arabischen Halbinsel vor 40 Jahren.

2. Der Dollarschwarzmarkt für Kokain und andere Drogen liegt annähernd beim gleichen Importwert wie Erdöl. Vier Prozent der Weltbevölkerung konsumieren mithin 50 Prozent der Welt-Drogenproduktion.

3. Gleichzeitig sind 25 Prozent der Amerikaner nicht in der Lage, einen vollständigen Satz zu Papier zu bringen. Und 50 Prozent der Amerikaner können auf dem Globus die arabische Halbinsel oder Israel nicht lokalisieren.<sup>1)</sup>

4. Um 1500 Stellen für Angelernte in der Produktion eines Werkes im Raum New York zu besetzen, muss

die Personalabteilung 72.000 Personen im Schnelltest auf Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten testen. 2500 von diesen besuchen dann einen 4-Monate-Trainingskurs, worauf dann 1500 die Prüfungen bestehen. Kostenpunkt der ganzen Prozedur: etwa 3,7 Millionen Dollar.<sup>2)</sup>

5. Wie für Grossbritannien, die ehemalige globale Supermacht, um die Jahrhundertwende Deutschland der überlegene Herausforderer in Sachen Ausbildung war, so ist es für die globale Supermacht USA der Bildungs- und Ausbildungsherausforderer Japan bzw. das konfuzianische Asien überhaupt. In Japan haben «angelernete» Arbeitskräfte alle mindestens Oberschulabschluss, das spart Kosten und bedeutet globale strategische Überlegenheit in Sachen Disziplin, Qualität und Kreativität.

Quellen: <sup>1)</sup> National Report on Education, Washington D.C. 1995

<sup>2)</sup> Wall-Street-Journal, 12. August 1999

# Erlebter Aktivdienst 1939-1945: Ein hautnahes Stück Geschichte



Foto: RDB



«Erlebter Aktivdienst 1939-1945» heisst das Tagebuch von Ernst Frei, der 1095 Tage Aktivdienst beim technischen Dienst der Flieger- und Luftschutztruppe 21 leistete. Ungeachtet des trockenen Buchtitels vermögen die protokollartigen Aufzeichnungen den Leser von der ersten Seite an zu packen. Es ist nicht nur ein Erinnerungsbuch für die Aktivdienstgeneration, sondern auch für jüngere Generationen eine interessante Lektüre zum Geschichtsverständnis.

In diesem Sommer sind es 60 Jahre her, seit Hitler mit seinem Überfall auf Polen den 2. Weltkrieg auslöste und die Schweizer Armee in den Aktivdienst einrücken musste. Die totale Abschottung unseres Landes, der Mangel an lebenswichtigen Gütern und die wachsende Zermürbung durch die Perspektive einer äusserst ungewissen Zukunft hielt das Schweizer Volk bis zum Kriegsende in Atem. Ernst Frei erlaubt uns mit seinen Tagebuchaufzeichnungen einen

Einblick in die Stimmung der Schweizer Armee während des Aktivdienstes, zeigt den Ernst und Kampfwillen der Soldaten, die Zweifel, die Diskussionen, die Angst. Es wird einfühlbar, wie die dauernde Bedrohung das Schweizervolk zu einer solidarischen Gemeinschaft zusammenschweisste, die auch kritische Lagen bewältigte. Als ehemaliger Angehöriger des technischen Dienstes der Fliegertruppen lässt er uns insbesondere die Gefahren aus der Luft haut-



Ernst Frei  
1939 und 1999.

nah nachempfinden und macht deutlich, wie heftig der Luftraum verteidigt wurde, berichtet von den unzähligen Grenzverletzungen und den erbitterten Gefechten am Himmel. Der Autor möchte den vielen im Wohlstand selbstgerecht gewordenen Richtern unserer Aktivdienstgeneration mit diesem Buch zeigen, wie er jene Zeit erlebt hat. Als lebensnahe Schilderung

eines Zeitzeugen sind diese Aufzeichnungen weit mehr als ein Erinnerungsbuch für die Aktivdienstgeneration – sie sind eine interessante und packende Lektüre zum Verständnis unserer Geschichtsvorgänge. (224 Seiten, 11 Abbildungen)

Buchtipps aus PRO, 9/1999, Verlagsgesellschaft PRO AG, 8152 Glattpfegg

## Bestellcoupon

Hiermit bestelle ich  
..... Exemplar[e] Ernst Frei, Erlebter Aktivdienst 1939-1945, Verkaufspreis Sfr. 34.-

Name .....

Strasse .....

PLZ..... Ort.....

Schweizer Demokraten  
Postfach 8116  
3001 Bern



## EXPO – ein Fass ohne Boden?

**LG. Der Nationalrat hat am 5. Dezember 1999 gegen den Willen der SVP, der SD und Grünen weitere 250 Millionen Franken für die EXPO bewilligt. Somit werden schwere Pannen, Führungsschwäche und Konzeptlosigkeit zu Lasten des Steuerzahlers sanktioniert.**

(Auszugsweise und leicht angepasste Wiedergabe des Leitartikels aus dem «Der Zürcher Bote» vom 10. Dezember 1999. **BERNAKTUELL** äusserte sich zu diesem Thema schon kritisch in der Januar- und Märznummer.)

... Immer noch wird im Umfeld der EXPO von Konzeptänderungen gesprochen. Bei allen bis heute aus der Bundeskasse verschleuderten Beträgen wurde nie jemand zur Rechenschaft gezogen.

### Das Prinzip der Hoffnung

Auch Bundesrat Couchepin musste einräumen, dass nach Gewährung des Zusatzkredits von 250 Millionen Franken ein «Restriktiko» von 170 Millionen bleibe. Sollte nach der EXPO.02 ein Defizit bleiben (man rechnet mit Beiträgen aus der Wirtschaft von 380 Millionen), so hat selbstverständlich nochmals die öffentliche Hand zu zahlen.

All diese Tatsachen schienen im Nationalrat aber zum grossen Teil wie weggewischt. Man beschränkte sich darauf, etwas Kosmetik zu betreiben, oder verliess sich auf das Prinzip Hoffnung und auf gewisse Auflagen: So sollen die zusätzlichen Gelder nur ausbezahlt werden, wenn beim Budget 290 Millionen eingespart werden und wenn sich die Wirtschaft tatsächlich mit 380 Millionen engagiert. Auch bei der FDP waren die schwerwiegenden Bedenken wegen eines finanziellen Debakels – zweifellos aus



Rücksicht auf den neuen Expo-Chef Steinegger – wie weggewischt. Mit 133:39 Stimmen hat der Nationalrat dem 250-Millionen-Zusatzkredit zugestimmt.

### Realität und Besonderheiten der Schweiz darstellen

Wenn nun die Expo.02 mit Hunderten von Millionen an Steuergeldern schon erzwängt werden soll, dann muss sie auch die wirkliche Schweiz darstellen: die besonderen kulturellen, wirtschaftlichen und technologischen Leistungen der Schweiz; unsere besonderen Möglichkeiten und Leistungen für unser Land, für Europa und die Welt als direktdemokratisches, unabhängiges, weltoffenes und strikt neutrales Land; die reale Präsentation unserer Armee, die für die Sicherheit unseres Landes im eigenen Land sorgt (und nicht neutralitätswidrig im Ausland operiert). Und das Ganze ist zu bereichern mit Erlebniswelten für Jung und Alt, durch «Events» mit Folklore, Rockkonzerten und mit der Darstellung von überlieferten Sitten und Gebräuchen der vielgestaltigen Schweiz. Dadurch wird unser Zusammengehörigkeitsgefühl und die echte Solidarität gestärkt. – Ob eine solche EXPO ein Wunschtraum bleibt?

Der Bürger fragt sich bei all den vielen Bemühungen immer mehr, welcher «Geist», ja welche Machenschaften sich hinter der Expo.01 und Expo.02 verstecken.

rungen des Umwelt- und Tiereschutzes zu beachten seien. Wir warnten vor Multisierung und immer grösserer Macht der Mächtigen. Wir fühlten damals schon Ohnmacht und gefährliche Abhängigkeit der Arbeitnehmer; ja Erpressbarkeit der Demokratie und des freiheitlichen Denkens!

Couchepin müsste aber gegenüber dem Schweizervolke einfach und endlich ehrlicher argumentieren: Wer für den freien Weltmarkt plädiert und dafür teure Reisen macht, muss auch sagen, dass die logische Konsequenz in einer einzi-

gen Regierung besteht, dh. wir werden eine Exekutive, eine Legislative und eine Judikative haben – Ohne diese drei einzigen Säulen weltweit macht ein freier Weltmarkt keinen Sinn, Nationalstaaten können nicht gebraucht werden, sie sind hinderlich und verhindern einheitliche Lösungen. Was aber, lieber Herr Couchepin, bedeutet die Eine-Welt-Regierung für unser Land, unsere Demokratie und unsere Freiheiten? Bitte, legen Sie die Karten doch endlich auf den Tisch!

Parteilung SD Thurgau

## Linker Teletext

Freudig vermeldete die Schweizerische Teletext AG kurz vor Weihnachten, dass es nicht gut stehe um das Referendum gegen die bilateralen Verträge mit der EU.

Mit bloss 28'000 gesammelten Unterschriften sei dieses Referendum von SD und Lega dei Ticinesi «auf der Kippe», berichtete der Teletext defaultistisch.

| Planets

**SWISS TXT**

| Hilfe | E-Mail | Home | Links |

Dabei unterschlug er nicht nur, dass ausser den Hauptpromotoren dieses Referendums auch nichtparteiliche Organisationen erfolgreich Unterschriften sammeln (zum Beispiel die Vereinigung Medien-Panoptikum, der Neue Rütlibund oder – von linksgrüner Seite – das Forum für direkte Demokratie), sondern auch, dass die Frist noch bis Anfang Februar 2000 läuft.

Gegen diese unsachgerechte (da unvollständige) und referendumsfeindliche Berichterstattung hat der Autor dieser Zeilen beim zuständigen Ombudsmann eine Beschwerde (Reklamation) eingereicht. Da auch die Schweizerische

Teletext AG – genau wie Radio und SF DRS – konzessionsrechtlich zu Sachgerechtigkeit und Ausgewogenheit verpflichtet ist, verfügt auch dieses Medium über eine Ombudsstelle (Schlichtungsstelle), die zur Entgegennahme und Beantwortung sämtlicher Beanstandungen verpflichtet ist.

Wenn auch Sie im Teletext einmal auf linkslastige Einseitigkeiten stossen, dann resignieren Sie nicht, sondern schreiben Sie innert 20 Tagen einen kurzen Brief an die folgende Adresse:

Ombudsstelle Teletext  
Herrn Marc Suter  
Zentralstrasse 47  
2501 Biel

Die Adresse des Ombudsmannes des nicht minder linken Radio und Fernsehen DRS lautet wie folgt:

Ombudsstelle DRS  
Herrn Otto Schoch  
Höhenweg 6  
9100 Herisau

Philippe P. Mägerle, Zürich

(Anmerkung: Ob es ein Zufall ist, dass beide Ombudsmänner prononcierte Exponenten des Linksfreisinns sind, wissen wir nicht – eine Tatsache ist es so oder anders.)

## Teure Bundesrats-Schulung in den USA

In Seattle haben Demonstranten Verkehrswege blockiert und Stadtteile verwüstet. Es ging ihnen um die Verhinderung der WTO/Gatt-Konferenz für noch mehr «offene Märkte» und um Warnsignale an alle Menschen. Auch Herr Bundesrat Couchepin aus Switzerland durfte diese Gratis-schulung geniessen. Auch er war blockiert; allerdings ist dies für viele Zeitgenossen nichts Neues. Doch diese «Gratis-schulung» für unseren Magistraten hätten wir Steuerzahler billiger ha-

ben können. Würde «Bern», anstatt wertvolle Steuergelder zu verlocken, wirklich auf die Stimmen in unserem Volke hören, wäre Couchepin hier geblieben. Schliesslich ist ja «Seattle» dank zweifelhaften Lavierens der USA gescheitert. Schon vor vielen Jahren (beim Gatt-Vertrag) warnte die Opposition (SD) vor weltweit offenen Märkten, immer mächtigere Konzerne würden dort produzieren, wo kleinste Löhne und Sozialleistungen, aber auch minimalste Forde-

Stadt Bern:

## SD fordern Verbot des «Antifaschistischen Abendspaziergangs» vom 22. Januar 2000

He. Die Schweizer Demokraten (SD) fordern ein unverzügliches Verbot des als «Antifaschistischer Abendspaziergangs» kaschierten Saubannerzuges linker Chaoten vom 22. Januar 2000. Mit dieser Forderung reagieren die SD auf die negativen Erfahrungen mit der «Antifa». Gestern wurde ein SD-Unterschriftensammelstand des Referendums «Bilaterale Verträge vors Volk!» durch zwanzig linke Chaoten aus der Reitschul- und

Häuserbesetzung dermassen bedroht, dass dieser nur unter Polizeischutz aufgelöst werden konnte.

Um Randalen und Krawalle zu verhindern, fordern die SD den Gemeinderat dringend auf, einen Arrestbeschluss zu verabschieden, mit welchem gewaltbereite Chaoten präventiv während 24 Stunden ohne richterlichen Entscheid in Polizeigewahrsam genommen werden können.

12. 1. 2000, Schweizer Demokraten

## Schule und Muttersprache

Am vergangenen 18. November führte die «Neue Helvetische Gesellschaft» (NHG) in Kleinbasel eine Information über die Integrationsthematik von Ausländern durch. Die Diskussion wurde durch ein dreiviertelstündiges Referat des Integrationsbeauftragten von Basel-Stadt, Thomas Kessler, eingeleitet. Anschliessend wurden während zweier Stunden Meinungen ausgetauscht, wobei Herr Kessler seine **Werbung für multikulturelles** geschickt vertrat, aber doch von dem einen oder andern Teilnehmer etwas in die «Enge» getrieben wurde. Ich, als aufmerksamer Zuhörer und auch mal als Votant, habe diese Veranstaltung am Schluss mit vielen Frage im Kopf – die leider nicht zur Sprache kamen – verlassen. Aus diesem Grunde picke ich aus Platzgründen nur einen Gedanken aus der abendlichen Runde heraus und lege hier meinen

Standpunkt dar: Das Ausländergesetz (ANAG), welches 1931 geschaffen und mehrmals verändert wurde, sei ein «Integrations**verhinderungsgesetz**», erklärte Kessler. Dieses müsse modernisiert werden. Und in Basel möchte er die Ausländer dazu bringen, die deutsche Sprache zu erlernen, sowohl die Kinder, als auch die Erwachsenen. So weit so gut! Was er aber zusätzlich als dringend nötig erachtet, ist eine Schulung der Ausländerkinder, nicht nur in Deutsch, sondern auch in ihrer Muttersprache. Dies würde für Basel die Anstellung zahlreicher Lehrerinnen und Lehrer zur Folge haben, welche sowohl die Muttersprache der Kinder als auch Deutsch beherrschten. Auf lange Sicht würden sich (so Herr Kessler!) die Mehrkosten bezahlt machen, da durch die bessere Bildung weniger Ausländer Sozialhilfe benötigen – und die Sozialhilfe-

kosten des Kantons geringer würden. Dadurch würde auch die Gettoisierung der ausländischen Bevölkerung abnehmen. Und bezüglich Kleinbasel: Man hätte weniger Schulprobleme.

**Was nicht erwähnt wurde**, ist das völlige Fehlen einer sehr wichtigen Bedingung im ANAG: Das Ausländergesetz müsste eine Verpflichtung enthalten, welche besagt, dass Arbeitgeber, welche Ausländer beschäftigen, für die zusätzlichen Kosten der Einschulung fremdsprachiger Ausländerfamilien aufzukommen haben! Es ist nicht gerecht, dass die Wirtschaft (sowohl Klein- wie auch Grossbetriebe) Arbeitskräfte anstellen darf und die zusätzlichen Einschulungskosten den Steuerzahlern überlassen kann! Die **Sozialkosten** für ausländische Arbeitnehmer und deren Fami-

lienangehörigen müssten schon längst – sofern sie schweizerische Durchschnittswerte übersteigen – **durch die involvierten Arbeitgeber übernommen werden.**

*Dr. Franz Widmer, Reinach BL*

**Anmerkung der SD-Redaktion:** Wir sind der Meinung, dass ausländische Staatsbürger, ob jung oder alt, die sich in Basel niederlassen, deutsch lernen müssen. Diese Zusatzkosten sind von den Verursachern der Einwanderung, aber keinsfalls von den Steuerzahlern zu berappen. Wir lehnen eine Förderung der «kulturellen Wurzeln» der Einwanderer, so auch von deren Sprache, auf Kosten der Steuerzahler ab. **Wir wollen keinen multikulturellen Stadtkanton, da dies nur zusätzliche Probleme schafft. Die Einwanderer müssen sich konsequent unserer Kultur und Eigenart anpassen!**

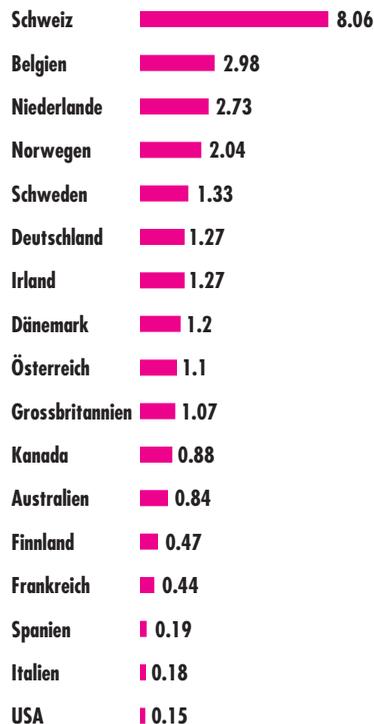
## Asyl: die Schweiz im internationalen Vergleich

Heute halten sich in der Schweiz im Asylbereich rund 180'000 Personen auf. Mehr als die Hälfte von ihnen verfügt über ein dauerndes oder befristetes Aufenthaltsrecht.

Allein während des Kosovo-Konflikts vom Mai 1998 bis August 1999 suchten 50'000 Personen Schutz in der Schweiz. Sie gibt 1999 für die Fürsorge und Betreuung von Asylsuchenden rund eine Milliarde Dollar aus.

Gemessen an der Bevölkerungsgrösse verzeichnet die Schweiz im internationalen Vergleich von allen westlichen Staaten mit Abstand am meisten Asylgesuche.

In absoluten Zahlen gemessen liegt die Schweiz 1999 mit rund 46'000 Asylgesuchen nach der Bundesrepublik Deutschland und Grossbritannien an dritter Stelle der westlichen Staaten, weit vor grossen Ländern wie den USA, Kanada, Frankreich oder Italien.



September 1998–August 1999; Quelle: IGC; Italien, Frankreich und Australien: Schätzungen IGC

### Asylgesuch pro 1'000 Einwohner:

## Mord als Dank für unsere Hilfe...

Im Kosovo haben Albaner einen Serben und zwei Begleiterinnen aus ihrem Auto gerissen, sie schwer misshandelt, den Mann erschossen und schliesslich das Fahrzeug in Brand gesteckt! Zuschauende Albaner haben nichts getan, um die Verbrecher zu stoppen. Die KFOR-Soldaten kamen zu spät, um die Tat zu verhindern. Die schwer verletzten Frauen brachten sie ins Spital. «Bei den Übergriffen (auch gegen Serben) handelt es sich laut Bericht der Hilfswerke meist nicht um spontane Racheakte, sondern sie dienen zur Herstellung ethnisch homogener Verhältnisse (Säuberungen) oder zur Versorgung ehemaliger UCK-Kämpfer mit Liegenschaften (Raubmord)» – berichtet die NZZ am 1. Dezember 1999 aus dem Kosovo. Kosovo-Albaner bedienen sich also jener Verbrechen, die sie noch vor kurzem lauthals beklagt haben. Die Hilfswerke werden noch deutlicher und reden von massiven Druckversuchen, Terror und Behinderung der Hilfswerke durch UCK und die Kosovaren, weil auch den Serben und Roma in Not geholfen wurde. Viele überkommt die grosse Wut! Da öffnen wir unsere Grenzen und Zentren, um Vertriebene, Verfolgte und angeblich Entrechtete aufzunehmen. Wir öffnen ihnen unsere Herzen und zahlen über zwei Milliarden für eine schweizerische Asylpolitik, trotz einem Ausländeranteil, der alle Grenzen sprengt. All unsere Multikultischwätzer sollten nun endlich ihre Belehrungen für sich behalten und

den Schnabel halten, denn ausgerechnet jene praktizieren jetzt im Kosovo Vertreibung, Verfolgung und Entrechtung, die bei uns Hilfe und Unterstützung erfahren haben. Es sind auch jene, die Rückkehrprämien kassiert haben, und UCK-Leute, die in unserem Lande gewohnt und gearbeitet haben. Sie betreiben nun selber grauenhafte Säuberungen, Ausgrenzung, Raub und Diebstahl im grossen Rahmen. Von friedlichem, multikulturellem Zusammenleben, wie es ihnen hier von weltfremden Schweizer Ideologen gepredigt wurde, keine Spur! Die angebliche Erziehung mit gewaltigen finanziellen Mitteln hat gar nichts gebracht. Um das Mass voll zu machen, hat jetzt der Bundesrat beschlossen, Wegweisungen zu sistieren und die Behandlung von Gesuchen zurückzustellen. Genau das wollten damals die Serben, um die Rückkehr von Bosniern und Kosovaren zu verhindern. Und jetzt wird diese Praxis von jenen vollzogen, denen wir in der Not geholfen haben. Jetzt, nach den Bosniern (8000 sind entgegen den Versicherungen des Bundesrates geblieben), den Kosovaren und vielen anderen, nehmen wir die Roma auf. Zu Recht muss die Frage gestellt werden, was hat dies mit einer Asylpolitik überhaupt zu tun. Wäre es nicht Zeit, endlich mit der Aufnahme von Volksgruppen aufzuhören? Hilfe vor Ort wäre auch da die einzige wirkungsvolle und sinnvolle Alternative.

*Willy Schmidhauser, Dettihofen*

**Danke, Wilhelm Tell, für Deine grosszügige Spende!**

# AHV: Baldiges Ende einer langen Tradition?



Alexander  
Nyffenegger,  
Bern

Nach langen Jahren der garantierten Sicherheit ist nun in der Schweiz etwas passiert, was man im Traum nie für möglich gehalten hätte. Die einst so vielgepriesenen Sozialwerke unseres Wohlfahrtsstaates laufen ernsthaft Gefahr, im Laufe der kommenden 20 bis 30 Jahre auszubluten. Finanzpolitische Misswirtschaft und wachsende Ausgaben haben das Identifikationsmerkmal der schweizerischen Wohlfahrt schlechthin bereits jetzt an den Rand des Ruins getrieben.

Die Gründe hierfür sind zwar vielschichtig, aber grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass eine enorme Steigerung der Sozialleistungsquote als hauptverantwortlich gilt für den desolaten Zustand; der Aufklärung halber muss man wissen, dass die Sozialleistungsquote ein Gradmesser ist für den Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandprodukt (BIP), welches wiederum die gesamten volkswirtschaftlichen Leistungen innerhalb eines Jahres zusammenfasst. Das Problem hierbei ist nun, dass die Sozialausgaben während der letzten 30 Jahre dermassen angewachsen sind, dass der Staat mittelfristig mehr Ausgaben zu verzeichnen hat, als er durch die Steuerzahler einnehmen kann.

## Sozialleistungskollaps

Ein wichtiger Beleg für den schrittweisen Zerfall der entscheidenden Sozialinstitutionen ist das Verhältnis der parallelen Steigerung zwischen BIP und Sozialleistungen. In der Zeit zwischen 1965 und 1995 wuchs das BIP um 79%, während die Sozialleistungsquote eine Steigerung um 350% (!) erfahren hatte. Darüberhinaus gibt es absolut keine Anzeichen dafür, dass dieses Tempo in den nächsten Jahren gedrosselt wird. Im Gegenteil, die strukturellen Probleme wie die demografische Entwicklung und der Ausbau der Leistungen verfestigen sich und werden noch teurer. Demgegenüber steht das äusserst mässige Wirtschaftswachstum, welches auch in den kommenden Jahren keinesfalls steigen wird. Nach Berechnungen, die aus einer wissenschaftlichen Expertise des Fachblatts «Wirtschaftsförderung» hervorgehen, wird eine Familie des Mittelstands (falls diese Bezeichnung dereinst noch zutreffen wird) in rund zehn Jahren schon mehr als

die Hälfte des Brutto-Einkommens für Steuern und Sozialausgaben aufwenden müssen. Das bedeutet mit anderen Worten, dass die Kostenexplosion im Sozialbereich – der selbstverständlich auch das kommende Finanzierungsdebakel der Invalidenversicherung miteinbezieht – zwangsläufig zu einem Kollaps der Sozialleistungen führen wird.

## Verantwortlichkeit der Sozialstaat-Ausbauer

Die Ernsthaftigkeit der Thematik wird insofern offenbar, als sogar wirtschaftsführende Kräfte der Zukunft des Sozialstaats Schweiz mit Besorgnis entgegensehen. Es sei eine «Irreführung des Volkes, wenn die Regierung behauptet, unsere Sozialwerke seien gesichert», hält Heini Lippuner, Präsident der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, am 20. Januar 1999 im «wf» fest.

Kurzfristig mag der abgabenträchtige Bürger die Sozialinstitutionen vielleicht noch mittragen; falls aber das Niveau, gemessen am heutigen Stand, aufrechterhalten werden soll, muss der einzelne Träger noch wesentlich intensiver geschröpft werden, was die verantwortlichen Behörden in der Tat verschweigen.

Auffallend war bspw. die kontinuierliche Zurückhaltung jener entscheidenden Magistratspersonen in bezug auf die versuchte Diskussion über die sprunghafte Staatsquote, deren Wachstum während der letzten paar Jahre effektiv zu denken geben sollte. Bedenkt man, dass die Staatsquote, deren Wachstum auf die Erhöhung der Sozialkosten zurückzuführen ist, infolgedessen die Wirtschaft massiv bremst, so sollte vernünftigerweise der Staat zumindest im Bereich der steuerlichen Belastung für den Otto-Normal-Verbraucher etwas zurückhaltend sein. Es widerspricht jeder Prosperitätspolitik, dem Bürger aufgrund des defizitären Staatshaushalts – den die Landesregierung vielfach mitgetragen hat – immer neue und detailliertere Steuern aufzubrummen. Tatsächlich scheinen Dreifuss und Konsorten kein entsprechendes Rezept zu haben, der kontraproduktiven Entwicklung zwischen Staatsquote und Wirtschaftswachstum sinnvoll entgegenzuwirken.

## Finanzierung

Obwohl sich seit 1996 etliche Spezialisten auf Bundesebene mit der Suche nach weiteren Finanzierungsquellen auseinandersetzen, wurde bis auf die Möglichkeit einer so genannten «Mischfinanzierung» (Vermengung von bisherigen mit neuen Geldquellen) kein nennenswertes Ergebnis erzielt. Dieser Fi-

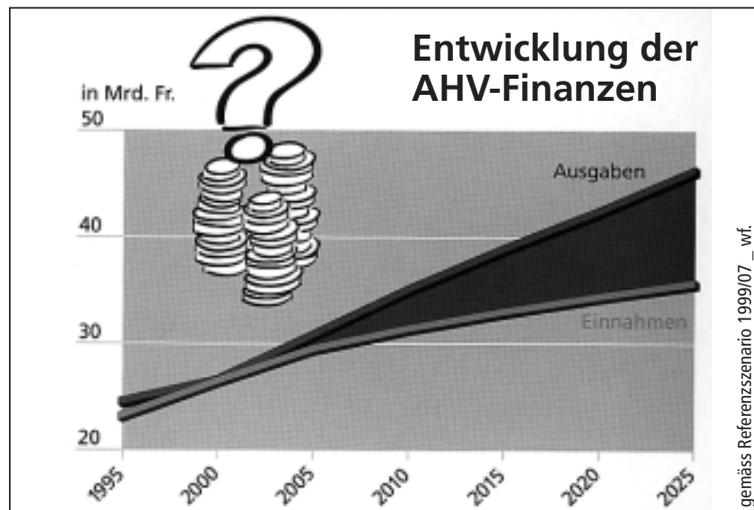
nanzmix ist insofern mit Skepsis zu betrachten, als eine Erhöhung der Mehrwertsteuer eine klare Bedingung darstellt. Darüber hinaus beinhaltet die Mischfinanzierung zusätzliche neue Steuern z.B. im Vermögens- und Erbschaftssteuerbereich, was wiederum bei der geschröpften Bevölkerung mit Sicherheit nicht auf Verständnis stossen würde. Ein anderes Kriterium bildet die Energiesteuer, welche zwar gesamtwirtschaftlich durchaus sinnvoll wäre, aber aufgrund der sich ins Unermessliche steigenden AHV-Abgabenlast lediglich untergeordneten Charakter besitzt.

## Fazit

Die Sorgen vieler Schweizer Bürgerinnen und Bürger um den Sozialstaat Schweiz sind angesichts des drohenden Kollapses völlig berechtigt. Unsere obersten Magistratsleute, die dem «Wohlfahrtsruin» präventiv entgegenwirken

sollten, scheinen förmlich überfordert zu sein mit der Bewältigung der demografischen Entwicklung in diesem Land. Zugegeben, immerhin setzt die verantwortliche Behörde Fachkommissionen zusammen, welche die Problematik sicher genauestens erörtern. Es gibt jedoch Anlass zur Vermutung, dass diese Fachleute auf einem falschen Gebiet operieren, zumal gerade die Bundesverwaltung in bezug auf die Verhättschelung ihrer Chefbeamten gründlich über die Bücher gehen sollte.

Denkbar ist, dass wenigstens mittelfristig jene Millionäre und «Bilanz»-Lieblinge ihren staatsbürgerlichen Pflichten gerecht werden müssen, welche vom Fiskus bislang weitgehend verschont geblieben sind. Mit diesen zusätzlichen Mehreinnahmen würde das Traditionswerk AHV wohl saniert, was nicht zuletzt im Interesse jener Generation liegt, welche um das Jahr 2030 reif für die Rente sein wird.



## Darum geht es der AHV schlecht!

Immer wieder heisst es scheinheilig, wir hätten zuviele alte Menschen und die Rentner würden heute einfach älter, so bräuchte es mehr Geld. Darum gehe es der AHV schlecht. Nun, schon vor Jahren hatten wir im AHV-Computer in Genf über 5 Millionen AHV-versicherte Ausländer. Diese Zahl wird inzwischen massiv angewachsen sein. In Statistiken der AHV wurde aber auch ausgewiesen, dass ein Durchschnittsrentner 41 Jahre lang AHV-Beiträge einzahlen muss, um jenen Betrag zu hinterlegen, den er als Rentner heute durchschnittlich beziehen wird. Wir alle wissen, dass selten ein Ausländer 41 Jahre AHV einzahlt. Da heisst es dann sofort und zur Beruhigung der Dummen, diese Versicherten erhalten nur eine Teilrente, die immerhin kostenindex-nachgeführt ist. Es ist aber auch bekannt, dass viele Renten im

Auslande von Toten bezogen werden. Unser Bundesrat scheut sich, in den EU-Ländern Tabula rasa zu verlangen; er fürchtet Vergeltung bei EU-Verhandlungen. Nun kommt aber eine ganz dicke Sache dazu, von der viele noch gar nie gehört haben. Für jeden Asylanten überweist das BFF im 2. Monat seines Aufenthaltes in der Schweiz die Minimal-AHV-Jahresprämie von etwa 392 Franken. Beginnt er dann zu arbeiten, ist alles eingefädelt und die AHV-Abzüge fliessen auf sein AHV-Konto. Kommt er dann nach vielen Jahren, und längst zurück in seiner Heimat, ins AHV-Alter, ist er berechtigt, einen Antrag auf kostenindex-nachgeführte CH-Teil-Rente zu stellen. Und da wundern wir uns, dass unser Land für Asylanten aus aller Welt derart attraktiv und die AHV so gewaltig in den Roten Zahlen steckt. Unsere Linken und Netten

**Bilaterale Verträge mit der EU:****Das Referendum ist absolute Notwendigkeit!**

Weil niemand das Volk über 800 Seiten A-4 (Juristendeutsch) informiert und das ganze Paket der heute gültigen Freihandelsverträge bei einer Zeichnung der bilateralen Verträge erlischt, ist eine intensive Diskussion und schliesslich ein Volkentscheid über die bilateralen Verträge notwendig und sinnvoll. Nötig sind Podien, Pro und Kontra sowie Erläuterungen von Experten. Es darf nicht wieder wie 1992 (EWR) alles auf den dümmlichen Satz reduziert werden «Europa Ja oder Nein?». Ein Referendum nach sieben Jahren ist reine Augenwischerei, denn alle Freihandelsverträge werden dann längst erloschen sein. Sie müssten einzeln und unter bedenklichen Umständen neu ausgehandelt werden...

**Darum kämpfen wir für das Referendum:**

1. Weil unsere EU-gierige Elite miserable Verträge ausgehandelt hat. Miserabel nicht zuletzt darum, weil die EU ja ohnehin ein Beitritts-gesuch des Bundesrates in Brüssel liegen hat...

2. Weil diese Verträge klar dem Volkswillen widersprechen. EU-Turbos jubilierten vom «Schritt in die EU»; andere Befürworter meinten geradeheraus: «Mit den bilateralen Verträgen ist ein EU-Beitritt nicht mehr nötig...» Hier sollte jeder Schweizer hellwach werden. Richtig ist, bei einem Ja zu den bilateralen Verträgen ist ein voller EU-Beitritt einfach logisch und ein kleines Schrittchen!

**Darum geht es der AHV schlecht!**

Fortsetzung von Seite 6

treiben hinter unserem Rücken eine regelrechte Internationalisierung unserer AHV, zum Schaden unseres Volkes. Es bleibt auch die Frage, was ein Asylant in der AHV überhaupt zu suchen hat. Allen aber, die nun versuchen, diese Zusammenhänge herunterzuspülen

3. Die bilateralen Verträge bringen den total «freien Personenverkehr» mit der EU, die eine Osterweiterung und den Anschluss der Türkei plant. Heute schon warten in der EU 13 Millionen Arbeitslose und etwa 370 Millionen Einwohner.

4. «Flankierende Massnahmen» für Arbeitnehmer, Unternehmen und Bauern sind wertlos. Das beweist z.B. Deutschland. Das Hochlohnland Schweiz lockt heute gewaltig und morgen erst recht! Masseneinwanderung und noch mehr Fremde werden die Folge sein. Sechs Monate kann jeder kommen und Arbeit suchen; Löhne werden fallen, «Working poor» und unbezahlbare Mieten werden die Folge sein. In der EU gibt es genügend Beispiele, nennen wir England, Frankreich u.a.

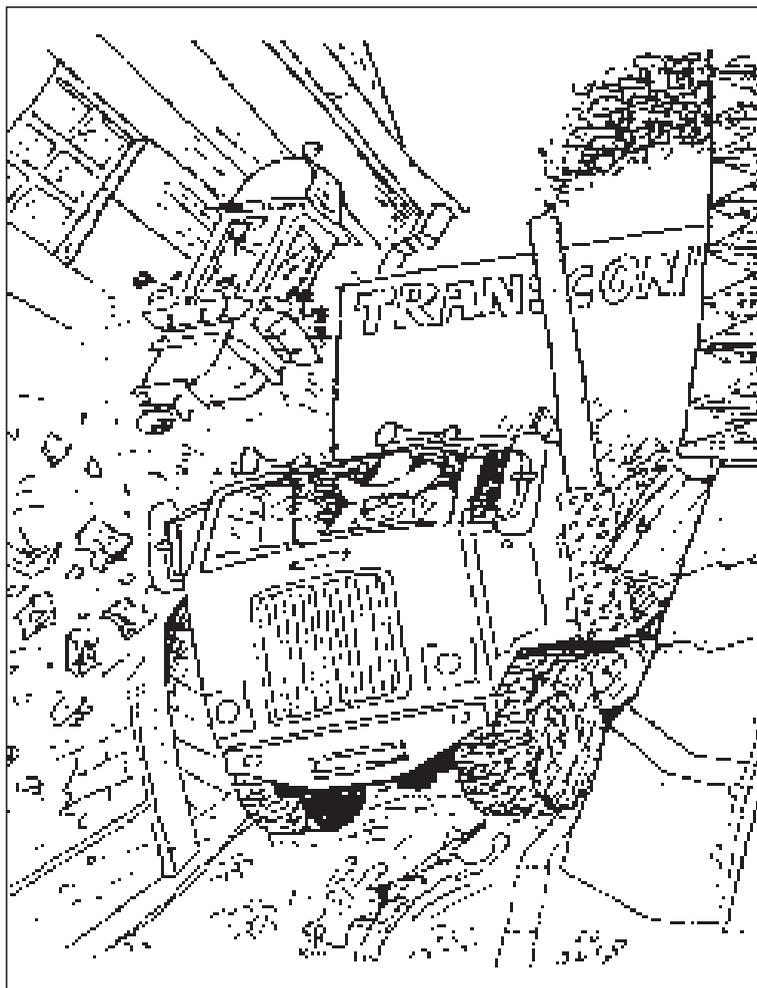
5. Die Lex Friedrich-Teilaufhebung wird Millionäre und Profiteure aus der ganzen EU anlocken; zur Freude unserer Spekulanten. Alle Kosten werden hochgetrieben, aber auch die Einwandererheere werden diesen Trend verstärken – zum Schaden unseres Landes und unserer Wirtschaft. Die Bevölkerung wird nochmals total umgeschichtet, die Entfremdung wird total sein. Beton, Verkehr und Immissionen werden unerträglich.

6. Zeugnisse und Diplome müssen anerkannt werden. 370 Millionen EU-Bürger werden in der kleinen Schweiz die gleichen Rechte haben wie wir. «Es gibt keine Diskriminierung» (§261<sup>bis</sup>) hat volle Gültigkeit. Ein Vorrecht für Leute dieses Landes wird es nie mehr geben.

7. Schweizer Studenten «können» überall studieren, doch in der EU werden Studenten durch einen durchgehenden Numerus clausus gebremst und gehindert. Die Universitäten haben Geldmangel. Da Millionen von EU-Studenten hier Gegenrecht haben, müsste der Numerus clausus in der Schweiz sofort eingeführt werden – zum Schaden der Schweizer Studenten und unserer Wirtschaft.

und die kleinen Beträge herauszustreichen, sei ins Stammbuch geschrieben: In Afrika reichen einige Franken für den Monatsunterhalt eines Menschen und viele kleine Renten geben auch einen grossen Betrag; vom administrativen Unsinn gar nicht zu reden und den möglichen, weltweiten Betrugereien mit unserem Sozialwerk.

Willy Schmidhauser, Dettighofen

**Droht eine 40-Tonner-Lastwagenlawine?**

8. Bei der Zeichnung der bilateralen Verträge werden die Freihandelsverträge ungültig. Sie haben uns Wohlstand und relative Unabhängigkeit gebracht. Einwanderung, automatischer Familiennachzug, Erwerb von Liegenschaften, Arbeits- und Studienplätze und vieles mehr liesse sich nach 7 Jahren mittels Referendum kaum rückgängig machen. Freihandelsverträge müssten dann neu ausgehandelt werden. Die einzelnen EU-Staaten würden nicht zögern, die «frechen Schweizer» mit gewaltigen Retorsionsmassnahmen zu strafen.

9. Neu könnten Saisoniers und Kurzaufenthalter in den Anstellungspausen Arbeitslosengelder beziehen. Ihre Angehörigen in der EU (in vertikaler Verwandtschaft) müssten wir in unsere Krankenkassen aufnehmen. KK-Prämien und Lohn-Prozente würden weiter steigen. Die geschätzten Kosten würden unsere Sozialwerke mit über 1 Milliarde weiter in die dunkelroten Zahlen treiben.

10. Während landwirtschaftliche Produkte praktisch unbeschränkt importiert werden können, sind allfällige Exporte meistens limitiert

und ohnehin viel zu teuer, d.h. in der EU kaum konkurrenzfähig. Natürlich verkaufen Grossverteiler lieber Billigimporte, weil die Gewinne viel höher sind. Aber eine Deklaration der Importe ist nach GATT nicht regelkonform; d.h. nicht nur unsere Familienbetriebe sind die Betrogenen, auch die Konsumenten sind die Dummen! Zudem werden in nächster Zeit die Produktpreise in der EU nochmals fallen; wie soll da ein einheimischer Betrieb mithalten können?

11. Alpeninitiative und Umweltschutz werden von einer 40-Tonner-Lawine zermalmt. Unsere Strassen, Brücken und Kunstbauten werden innert kurzer Zeit milliardenschwere Schäden aufweisen, von Staus, Lärm und anderen Schäden gar nicht zu reden. Die EU-Laster-Lobby hat gesiegt und die dummen Eidgenossen zahlen nicht nur 2 NEAT-Röhren und Anschlusswerke, sie subventionieren jeden EU-Laster, zahlen Milliarden von LSWA-Steuern und vernichten ihre eigenen Transportunternehmen. Dümmer geht's nimmer!

Willy Schmidhauser, Dettighofen



## Kanton Basel-Land



## Baselbieter Gemeindewahlen vom 6. Februar 2000

Die Schweizer Demokraten, SD-Liste 9, kandidieren in 10 Baselbieter Gemeinden für die Gemeindewahlen. Insgesamt wurden in diesen Gemeinden 63 Kandidatinnen und Kandidaten portiert. Ziel ist es, den einen oder andern Sitz hinzuzugewinnen. Das Wahlkampfbudget beträgt pro Gemeinde 3000 Franken. Folgende SD-Kandidatinnen und -Kandidaten wurden nominiert:

**Gemeindekommission Aesch:** Heinrich Frey (bisher), Thomas Friedli, Marlis Zaugg, Heinz Vöggtli, Erich Zaugg, Guido Wetzel

**Einwohnerrat Allschwil:** Bruno Steiger, Jakob Wipf, Ivette Wipf, Max Amsler (bisher), Jürg Wirz (bisher), Albert Styger (bisher)  
**Gemeinderat Allschwil:** Nur Bruno Steiger (bisher) wählen!

**Gemeindekommission Frenkendorf:** Rudolf Keller, Roland Martin-De Mesa, Rahel Keller, Hanna Müller

**Einwohnerrat Liestal:** Pascal Wyss (bisher), Cornelia Wirz (bisher), Walter Rudin, Kurt Wirz, Thomas Spinnler, Walter Zeugin

**Gemeindekommission Münchenstein:** Willy Müller (bisher), Klaus Hofmann, Roger Günthert, Peter Graf, Wolfgang Kalt, John Stämpfli, Antonietta Graf, Marlies Röthlisberger

**Gemeindekommission Oberwil (erstmalige Kandidatur):** Rolf Renold, Daniel Weber, Emma Peter, Josef Peter

**Gemeinderat Pfeffingen (erstmalige Kandidatur):** Nur Peter Brunner wählen!

**Einwohnerrat Pratteln:** Heinz Mattmüller (bisher), Armin Streit, Max Schindler (bisher), Adrian Weibel

**Einwohnerrat Reinach:** Werner Spörri (bisher), Peter Rentsch (bisher), Lukas Brodbeck (bisher), Brigitte Müller, Agnes Kessler, Ludwig Böhm, Martha Jeger, Urs Hammel, Hedwig Gold, Roland Bächtold, Claudine Bader, Heidi Wyss, Viktor Bill, Helga Riedl, Bernhard Wyss, Peter Meyer, Doris Spörri, Hans-Peter Meyer, Stephan Günthert, Heinz Pawelzik

**Gemeindekommission Therwil (erstmalige Kandidatur):** Beatrice Heule, Otto Heule, Simone Zilian, Brigitte Ettlin

**SD auf Internet – täglich aktuell!**  
**www.schweizer-demokraten.ch**

## Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 Aargau	Bezirk Aarau	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Bezirkspartei Bremgarten	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Freiämterhof, Villmergerstrasse 7, Wohlen
	Sektion Kulm	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach
	Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
 Bern	Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental	Stammtisch jeden dritten Donnerstag im Monat im Restaurant Fankhauser ab 20.00 Uhr
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Seeland/Biel	Höck jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Kongresshausrestaurant in Biel
	Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
 Luzern	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Motel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
 St. Gallen	Sektion St. Gallen	Hauptversammlung am Samstag, 22. Januar 2000, 17.00 Uhr im Restaurant Rössli in Muolen
	Sektion Wil und Umgebung	Stammtisch-Höck am 14. Februar 2000, 20.00 Uhr im Restaurant Kreuzacker in Wil
 Zürich	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Linde, Buchs/ZH
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metz, Walderstr. 19, Hinwil
	Sektion Bülach	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, 8302 Kloten

**Wählen Sie die Schweizer Demokraten, SD-Liste 9, unverändert – Sie helfen uns am meisten, wenn Sie die leeren Linien leer lassen!**

**In den Gemeinden, wo wir keine Kandidaten aufgestellt haben, wählen Sie am besten einzelne Leute aus verschiedenen Parteien.**

**Kanton Bern**

Stadtrat von Bern

**Lydia Riesen neue SD-Stadträtin**

Anstelle ihres Ehemannes Hans-Peter Riesen, der den frischgebackenen SD-Nationalrat Bernhard Hess im Grossrat ersetzt, nimmt neu Lydia Riesen für die SD Einsitz im Berner Stadtrat.

Lydia Riesen ist eine äusserst erfahrene und weit über die Parteigrenzen geachtete Schweizer Demokratin. Während mehr als einem halben Jahrzehnt bekleidete sie das Amt als Mitglied der Schulkommission

Wankdorf. Sie ist zudem Mitglied der städtischen Vormundchaftskommission. Zudem bekleidet die SD-Politikerin das Amt der Präsidentin des städtischen Stimm- und Wahlausschusses.

Die umgängliche Lydia Riesen geniesst weit über die Parteigrenzen grosses Ansehen. Sowohl in den städtischen Kommissionen wie auch parteiintern arbeitet sie gewissenhaft und tatkräftig mit. Innerhalb der SD bekleidet sie das Amt der Kantonalkassierin und ist Mitglied der kantonalen SD-Parteileitung. Zudem verwaltet sie auch die Parteikasse der SD-Stadtsektion Bern. Die SD sind überzeugt, dass mit der konsensfreundlichen, in SD-Kernfragen aber standfesten Lydia Riesen das Ansehen der Schweizer Demokraten innerhalb des Stadtrates weiter erhöht wird.

Wir wünschen Frau Lydia Riesen viel Erfolg und Befriedigung im neuen Amt.

*Walter Krebs, alt Stadtrat, Pressechef SD Stadt Bern*

Wahlanalyse:

**In Biel liegt für die SD etwas drin!**

**Wenn die Bevölkerung im kommenden Herbst gleich wählt wie bei den Nationalratswahlen, könnten die Schweizer Demokraten (SD) ganz sicher mit einem zusätzlichen Mandatsgewinn rechnen. Die SD würden somit neu mit zwei Sitzen in den Bieler Stadtrat einziehen.**

Das Spiel ist nicht neu und die Resultate dürfen nicht für bare Münze genommen werden, denn hier werden Äpfel zwar nicht mit Tomaten, aber doch zumindest mit Birnen verglichen: Man nehme die Resultate der Nationalratswahlen in der Stadt Biel, errechne den Wähleranteil der einzelnen Parteien und erstelle daraus eine Prognose für die Stadtratswahlen des kommenden Herbstes. Und siehe da: Bei 3,47 Prozent Wähleranteil könnten wir Schweizer Demokraten ganz sicher mit zwei Stadtratsmandaten rechnen. Verlieren würde auch in ihrer Hochburg unser Listenverbindungspartner Freiheitspartei. Die FPS könnte nur noch mit drei (bisher fünf) Mandaten rechnen.

Wir haben aber ein Problem: Die SD ist in Biel derzeit nicht (oder nur ganz schwach) strukturiert. Zum greifbaren Erfolg benötigen wir dringend eine aktive Obfrau oder einen engagierten Obmann. Liebe SD-Freunde in Biel: Sie haben die einzigartige Möglichkeit, ohne grossem Aufwand im kommenden Herbst in das Parlament einzuziehen und somit die Stadtpolitik von Biel persönlich aktiv mitzugestalten. Mit einem relativ kleinen Engagement sind Sie dabei! Und noch etwas: Jeden ersten Dienstag im Monat führen wir im Kongresshausrestaurant in Biel einen Höck durch. Kommt doch einfach einmal vorbei! Die SD muss auch in Biel aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen. Wir freuen uns auf Ihre aktive und konstruktive Zusammenarbeit.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen gerne der SD-Interimsobmann Beat Haymoz unter Telefon/Fax 032 - 322 90 57 zur Verfügung.

*Beat Haymoz, Biel, und Peter Bühler, Stadtrat und SD-Kantonalpräsident, Bern*

**Kanton Zürich****Verfassungsratswahlen 2000**

Eine neue Kantonsverfassung für Zürich

**Im Juni 2000 soll das Zürcher Stimmvolk einen Verfassungsrat wählen, welcher die Aufgabe hat, ihm später einen Entwurf für eine neue Kantonsverfassung vorzulegen.**

Die Verfassung des eidgenössischen Standes Zürich datiert vom 18. April 1869. Über 130-jährig also. Grund genug, um Altbewährtes zu überarbeiten? Nun, eins muss man dem Vorhaben lassen: Es wird mit Sicherheit seriöser an die Hand genommen werden als der undurchdachte Hüftschuss der neuen Bundesverfassung. Ein Grund mehr dafür zu kämpfen, dass möglichst viele Schweizer Demokraten unser Anliegen im hundertköpfigen Verfassungsrat vertreten können.

Für die Verfassungsratswahlen wird der Kanton Zürich in drei Wahlkreise aufgeteilt werden: Stadt Zürich, Zürich West und Zürich Ost.

Der Wahlkreis Zürich Stadt beschränkt sich auf die Stadt Zürich. Im Kreis Zürich West finden sich die Bezirke Andelfingen, Win-

terthur, Pfäffikon, Uster, Hinwil und Meilen. Der Wahlkreis Ost wird durch die Bezirke Bülach, Dielsdorf, Dietikon, Horgen und Affoltern gebildet.

Durch grössere Wahlkreise werden auch kleinere Parteien die Möglichkeit haben, ihre Vertretung im Rat zu finden.

Die Sitzaufteilung erfolgt nach der Bevölkerungszahl der Wahlkreise und ergibt folgendes Bild:

Zürich Stadt	28 Sitze
Zürich West	32 Sitze
Zürich Ost	40 Sitze

Die Sektion Bülach wird also im grössten der drei Wahlkreise vertreten sein. Umso grösser stehen die Chancen, Verfassungsräte stellen zu können.

Sollten auch Sie Interesse haben, für ein Mandat im Verfassungsrat zu kandidieren, zögern Sie nicht, sich zu melden: Philippe Senn (Tel. 862 04 53 oder 079 - 205 60 79) oder Martin Merz (Tel. 862 55 38) stehen Ihnen jederzeit für weitere Auskünfte oder Anmeldungen zur Verfügung.

*Philippe Senn, Winkel*

**Kanton St. Gallen****Schlägereien an den Wiler Schulen**

Seit Jahren wird mit vorgehaltener Hand über Schlägereien von Albanern und Kosovo-Albanern gesprochen. Aber niemand hatte den Mut, konkrete Angaben zu machen, damit man richtig einschreiten konnte.

Erst jetzt, wo sogar Mädchen aus dem Kosovo sich an Erpressungen, Schlägereien und Morddrohungen beteiligen, kommt die Lehrerschaft aus Angst an die Öffentlichkeit. Diesen Jugendlichen, die zwischen 13 und 17 Jahre alt sind, ist der Ter-

ror und die Kriminalität geläufiger als das Einmaleins, und sie werden von ihresgleichen noch als Helden verehrt.

Wir Schweizer Demokraten fordern, dass jetzt hart durchgegriffen wird und dass die angekündigten Massnahmen des Sicherheitschefs der Stadt Wil mit Schulausschluss, Heimeinweisung oder Landesverweis durch die Fremdenpolizei auch vollzogen werden und nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben.

*Hans Wohlwend, Gemeinderat, Wil*

**Kanton Thurgau****Zurück ins Mittelalter!**

Man kann zu Kessler stehen, wie man will. Man kann ihm alles Schlechte wünschen oder seine Arbeit anerkennen. Entscheidend für unser Land und uns alle aber ist der klare Blick und ein empfindliches Sensorium des einzelnen Men-

schens für das freie Wort und die Redefreiheit aller in unserer Demokratie. Wir haben Platz für alle Meinungen, je mehr, umso besser.

*Fortsetzung Seite 10*

## SD Thurgau

Fortsetzung von Seite 9

Möglichst viele verschiedene Meinungen garantieren optimale Lösungen unserer Probleme! Das haben die tüchtigen Japaner mit dem «Brainstorming» längst bewiesen. Nur die Post ist rückwärtsgerichtet und marschiert Richtung Zensur und zurück ins Mittelalter. Sie lässt die Rundschreiben Kesslers auf dem Stapel. Seit wann aber ist die Post zuständig für Moral und Richtigkeit des Postgutes? Ist nicht die Post Verteilerin von billigen Sensationen, Lügenblättern und Pornografie? Hat die Post nicht gewaltigen Anteil an der Verblödung weiterer Volkskreise? Bisher hat sie sich immer auf ihre Aufgabe berufen

und festgehalten, dass in der Demokratie unqualifizierte Aussagen sich selber disqualifizieren und die Bürger sehr wohl selber in der Lage sind, Dinge zu beurteilen. Bleibt nun das ungute Gefühl, ob politische, postale Scharfmacher am Werke sind und wer weiss, vielleicht sind schon bald andere betroffen? Vielleicht unliebsame geschäftliche Konkurrenten, politische Organisationen, religiöse Vereinigungen oder irgendwelche Zeitgenossen, die den Postbossen nicht in den Kram passen. Jetzt bringt die Post nicht nur unsere Post, sie bestimmt auch, was sie bringen will! Wir gratulieren.

Schweizer Demokraten,  
Geschäftsleitung Werner Bätischer

## Drogenpolitik auf Abwegen!



Walter Krebs,  
Polizist und  
SD-Obmann,  
Bümpliz

Der Präsident der Nationalen Arbeitsgemeinschaft für Suchttherapie (NAS), Nationalrat Jost Gross, schlägt vor, beschlagnahmte Drogengelder für Therapie und Prävention einzusetzen.

Das finde ich eine gute Idee. Allerdings hat das meines Erachtens nur Erfolg, wenn man endlich einsieht, dass die freiwilligen Entzüge und fragwürdigen Therapien, wie sie bis heute angewendet und vermittelt wurden – dazu gehören auch die legalen Heroinabgaben vom Staat – völlig nutzlos und höchst ungeschickt sind. Die letzten 20 Jahre haben das ganz klar aufgezeigt. Statt weniger hat es immer mehr Drogenabhängige gegeben. Die Drogenparks (Letten, Kocherpark usw.) wurden immer grösser. Seit diese Parks mit Gewalt aufgelöst wurden, hat die Polizei alle Hände voll zu tun, um neue Drogenparks zu verhindern. Statt alle Bürger angemessen zu schützen und auch die andere Kriminalität einigermaßen in den Griff zu bekommen, muss die Polizei unverhältnismässig viel Zeit und Personal in die Drogenbekämpfung investieren. Auch diese Aufwendungen werden mit Steuergeldern bezahlt!

Leider machte man schon vor Jahren einen grossen Fehler, indem man die Schuld für die Drogensucht nicht den Abhängigen selber, sondern der Gesellschaft «zuge-

schoben» hat. Heute muss man sagen, dass das – wenn auch unabsichtlich – eher eine Aufforderung zum Drogenkonsum als das Gegenteil war.

Ich habe gelernt, dass jeder gesunde Mensch für sich selber verantwortlich ist. Wenn man das begreift, hat man sehr viel gewonnen. Dann merkt man nämlich, dass die Hauptschuldigen für Drogenmissbrauch nicht die Eltern, die Lehrer, die Schulen oder die Gesellschaft sind, sondern die Drogenabhängigen selber. In den letzten 25 Jahren haben alle Therapien die auf Freiwilligkeit basierten – leider gibt es ja fast nur solche – völlig versagt. Es wurden und werden vom Staat Millionen an Steuergeldern ausgegeben, um Drogenentzüge und Prävention zu finanzieren. Fast alle Drogenabhängigen haben mehrere freiwillige Entzüge hinter sich, die alle nicht zum Erfolg führten. Solange man es zulässt, dass Drogenabhängige Therapien ohne die geringsten Konsequenzen abbrechen können, wird kaum jemand von diesem «elenden Gift» loskommen. Darum bin ich für humane Einschliessungen! Leider werden viele sogenannten Drogenfachleute nicht müde zu predigen, dass nur diejenigen von den Drogen wegkommen, welche freiwillig in den Entzug gehen.

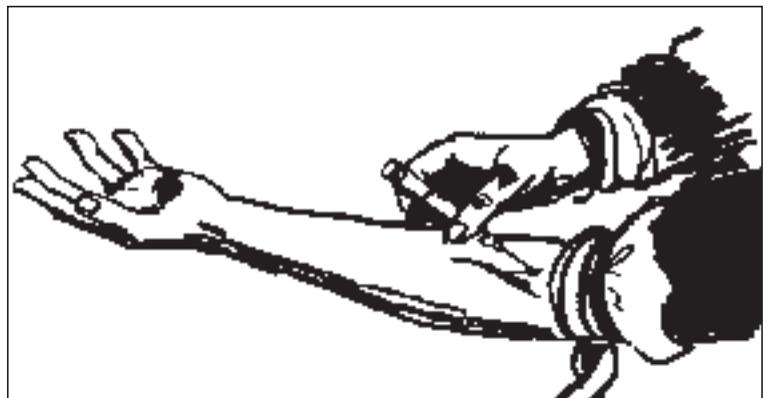
Auf der einen Seite wird von Drogenabhängigen verlangt, den Willen und die Kraft zu haben, freiwillige Entzüge zu machen, um von den Drogen loszukommen – und die Entzüge auch durchzustehen. Auf der anderen Seite bescheinigt man fast allen Drogenabhängigen vor Gericht, dass sie wegen ihrer Drogensucht (fehlen von Wille und Kraft) kaum zurechnungsfähig seien. Besteht da nicht ein sehr grosser Widerspruch? Wenn die sehr,

sehr teuren freiwilligen Entzüge und Präventionen den Drogenabhängigen bis heute etwas geholfen hätten, würde man in unseren Strassen kaum so viele «altbekannte» Drögeler sehen.

Unser Staat arbeitet bezüglich Drogenproblematik mit dem Säulenprinzip; Prävention, Drogenhilfe mit dem Ziel der Abstinenz, Überlebenshilfe, Repression. Das Ziel ist also die Drogenfreiheit, die Abstinenz. Was macht nun unser Staat? Er fördert die Drogensucht, indem er Heroinversuche unterstützt und Drogen freigibt. Er macht die Flucht nach vorne, weil er merkt, dass er bis heute völlig versagt hat. Bevor ihm überhaupt alles aus dem Ruder läuft, gibt er mindestens die weichen Drogen frei und über kurz oder lang vermutlich auch die harten. So hat er ein ganz grosses Problem weniger, d.h. er gibt die Verantwortung ungeschickterweise an die Gesellschaft und die Abhängigen ab. So, als wäre er nicht auch selber ein Teil dieser Gesellschaft. Darum humane Einschliessung, d.h. Drogenabhängige müssen in geschlossenen Therapiestationen behandelt werden. Weg vom freiwilligen Entzug. Die Vergangenheit hat auch hier gezeigt, dass Entzüge, welche zwei bis drei Monate dau-

Es gibt nämlich Hunderttausende von jungen Leuten, die alle auch sagen könnten, jetzt greifen wir zu Drogen, und schieben die Verantwortung der Gesellschaft zu. Die Gesellschaft soll dann für uns aufkommen. Meines Erachtens ist es längstens an der Zeit, dass man allen, die keine Drogen konsumieren, dankt, dass sie ihre Verantwortung nicht abgeben, sondern sie selber tragen und sich auch nicht machtlos machen. Wie die letzten dreissig Jahre gezeigt haben, hilft die scheinheilige Haltung einiger Parteien und sogenannter Drogenfachleute sowie die Heroinabgabe und Freigabe weicher Drogen den Drogenabhängigen gar nichts. Im Gegenteil, sie hält sie höchstens noch länger im Teufelskreis der Drogensucht fest. Die Heroinabhängigen werden wegen der Heroinabgabe nicht gesund. Im Gegenteil, sie werden immer kränker und kränker, aber jetzt schweigen sie wenigstens, da sie ja ihr Heroin vom Staat erhalten!

Die Heroinabgabe wird bei uns immer noch als Erfolg gewertet. Laut Statistik der UNO-Suchtmittelkommission gibt es in der Schweiz ca. 35'000 Heroinabhängige, und es werden immer mehr. Obschon die Schweiz weit weniger Einwohner als Österreich hat, hat sie zwei- bis



ern, für die Drogenabhängigen und somit auch für die Gesellschaft ausser unwahrscheinlich hohen Kosten gar nichts bringen. Die Abhängigen fallen alle wieder in ihr trauriges Fixerleben zurück. Die heutigen freiwilligen Entzugstherapien und Präventionen sind eher ein Ansporn zum Einstieg als zum Ausstieg. Die müssten, wie das in Japan und weiten Teilen Asiens der Fall ist, zwei bis vier Jahre dauern. Die Abhängigen müssten menschlich und medizinisch gut betreut und versorgt werden. Zudem müsste man sie sinnvoll beschäftigen.

**Das absolut Wichtigste wäre aber, ihnen beizubringen, dass nicht die Eltern, die Schulen, die Lehrer und die Gesellschaft, sondern sie selber die Hauptschuldigen für ihre Suchtkrankheit sind. Es ist völlig daneben, alle anderen für das eigene Versagen verantwortlich zu machen, nur sich selber nicht.**

Den Vorschlag einer humanen Einschliessung habe ich übrigens schon 1992 einmal gemacht.

dreimal mehr Heroinabhängige als Österreich. Dazu kommen bei uns noch ca. 500'000 Marihuanakonsumenten.

Wahrlich ein sehr, sehr trauriger Rekord.

Den Drogenabhängigen hilft man nicht, indem man den Drogenkonsum verharmlost, Heroinversuche erlaubt und schlussendlich vor lauter Ohnmacht und Überforderung Drogen legalisiert. Man hilft ihnen, indem man sie mit «Gewalt» aus dem Drogen-Teufelskreis «herausreisst». Diese Lösung würde zwar im Moment recht viel Geld kosten, wäre aber ehrlicher und menschlicher und schlussendlich finanziell doch billiger. Jedenfalls viel menschlicher als sich langsam aber sicher «zu-Tode-spritzen», finanziert durch den Staat.

So würde ich eine Finanzierung von Drogen-Therapiestationen und -präventionen, durch beschlagnahmte Drogengelder, sinnvoll und unterstützenswert finden.



## Bundesratswahl vom 15. Dezember 1999

Votum von SD-Nationalrat Bernhard Hess

«Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren

Wieder einmal stehen wir vor einer Bundesratswahl, über die im Vorfeld zu viel geschrieben und gesprochen worden ist. Nur dank dem riesigen Medienwirbel hat diese Wahl überhaupt eine solche Brisanz gewonnen. Das Wahlsystem, wonach jeder Bundesratssitz

in einem separaten Wahlgang besetzt werden muss, ist für politische Spielchen, fiese Tricks und Hinterhaltsschüsse wie geschaffen. Wenn jemand nicht gewählt würde, könnte man den andern im nächsten Wahlgang einen Denkkzettel verteilen. Darum gibt es mit diesem System auch kaum Abwahlen, obwohl dies im einen oder andern Fall fällig wäre. So sichern sich die vier

Regierungsparteien gegenseitig ihre Sitze ab. Eigentlich ist ein derartiges Wahlverfahren unserer Demokratie unwürdig. Einzig ein Wahlzettel, der sieben Linien umfasst, mit dem man gezwungen wäre in einem Wahlgang sieben Bundesratsmitglieder zu wählen, würde diesem teils hinterhältigen Parteiengangel und Machtpoker ein Ende setzen.

Ohne den bisherigen Bundesratsmitgliedern nahe treten zu wollen, halte ich fest, dass es schade ist, dass mit der veralteten Zauberformel unter anderem auch verhindert wird, dass in jedem Fall die fähigsten Leute gewählt werden. Die Zauberformel garantiert auch weiterhin eine Mitte-links-Regierung, bürgerlich ist diese schon lange nicht mehr. Je mehr man hört, liest und sieht, umso klarer wird auch bei dieser Wahl, dass nicht nur die Tüchtigkeit von Kandidatinnen und Kandidaten ein Wahlkriterium ist. An erster Stelle steht leider die Tatsache, dass die zu wählende Person aus einer bestimmten Bundesratspartei herkommen muss. Dass diese faule Art Zauberformel noch immer im Vordergrund steht, ist äusserst bedauerlich und wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr verstanden. Die Qualifikation sollte wichtiger sein

und vor der Parteizugehörigkeit stehen.

Und ein Weiteres muss auch gesagt werden: In den letzten Jahren hat man in andern europäischen Ländern gesehen, dass es guttat, wenn nach einigen Jahren die Machtverhältnisse wieder geändert haben und der Verwaltungsapparat neu geordnet werden konnte. Zu viel Routine, zu viel Filz hatte sich unterdessen eingeschlichen.

Wir Schweizer Demokraten haben bei Bundesratswahlen immer wieder den Wunsch angebracht, dass – wer immer auch wiedergewählt oder neugewählt wird – diese Bundesratsmitglieder künftig den Volksentscheiden nachleben und diese auch respektieren sollten. Heute stellen wir zwar fest, dass der EWR, der UNO-Beitritt, die UNO-Blauhelme, die erleichterten Einbürgerungen und die Lockerung der Lex Friedrich vom Volk abgelehnt wurden. Wir müssen aber immer wieder feststellen, dass der Bundesrat weitgehend eine Politik macht, die diesen Volksentscheiden gar nicht gerecht wird und teilweise direkt entgegenwirkt. Meine Damen und Herren Bundesräte, akzeptieren Sie Volksentscheide und versuchen Sie sie nicht mit allen Mitteln zu unterlaufen, dann gewinnen Sie auch das Vertrauen des Volkes!»

## Gouvernementale Speichelleckerei

Die Schweizer Demokraten waren in allen Punkten mit der Politik der SVP und ihres Exponenten Nationalrat Christoph Blocher einverstanden. Die von ihnen vertretene Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt- und Sozialpolitik unterstützen sie nicht, die «Ebner-Connection» Blochers ist fragwürdig, und man kann auch über gewisse Punkte der von ihnen eingehaltenen aussenpolitischen Linie streiten. Schliesslich ist und bleibt die SVP eine Regierungspartei, welche die vom Bundesrat vertretene Politik zu verantworten hat. Aber was unsere grossen Medien einschliesslich Radio- und Fernsehkanal, vom Tages-Anzeiger bis zur NZZ, von der «Sonntagszeitung» bis zum «Blick», von Facts bis zur «WoZ», von DRS bis zum «Schawinski» im Vorfeld der Bundesratskandidatur Christoph Blochers und rund um sie herausgelassen haben, verdient harte staatsbürgerliche Kritik!

Wo sind wir denn? Haben wir uns – vielleicht u.a. im Zusammenhang mit der massiven Einwanderung ungebildeter Leute aus der Dritten Welt – zu einer von einem Klan von Potentaten beherrschten Bananenrepublik entwickelt? Oder haben sich Regimes wie diejenigen des Sowjetkommunismus oder des maoistischen China nach Westeu-

ropa verschoben? Primäre Aufgabe der Medien in einem modernen demokratischen Rechtsstaat wäre es doch, vor allem der Regierung bei ihrer Arbeit auf die Finger zu schauen, statt unisono oppositionelle Kräfte mies zu machen! Was wir – von umso löblicheren Ausnahmen abgesehen! – aber erleben, ist das völlig kritiklose Hochjubeln sämtlicher Bundesräte! Haben die grossen Medien denn plötzlich vergessen, was in der Schweizer Regierungspolitik alles nicht rund läuft? Eine Krankenversicherung, welche kinderreiche Familien mit einem normal verdienenden Familienvater ins Elend treibt! Ausbreitung von Drogensucht! Öffentliche Schuldenwirtschaft! Ungeschicktes Verhalten bei der Abwehr unbilliger «Holocaust»-Geldforderungen! Das Expo-Debakel! Die schlecht ausgehandelten bilateralen Verträge mit der EU, welche uns eine neue Einwanderungswelle, zusätzliche Belastungen unserer Finanzen, eine Lastwagenlawine und den Untergang unserer eigenen Landwirtschaft bringen werden! Die wachsende Überfremdung auf allen denkbaren Gebieten! Der Asylantenstau! Der Ausverkauf unserer Heimat, nicht nur von Ferienhäusern, sondern grosser Teile unserer Wirtschaft mit

Massenentlassungen! Die bedrohte Umwelt, bedroht durch die wachsende einwanderungsbedingte Überbevölkerung! Ist denn die Schweizer Regierungsbilanz derart gut, dass eine solche gouvernementale Speichelleckerei mit Bezug auf die amtierenden Bundesräte und unser angeblich so tadellos funktionierendes «Konkordanzsystem» am Platze ist? Ist es auf der andern Seite nicht jedenfalls verdienstvoll, wenn ein politisch profilierter Staatsbürger bei Wahlen, die zu einem absolut leeren Ritual zu entarten drohen, sich einer Kampfwahl stellt? Ist es demokratisch, massenhysterisch aus allen Rohren gegen eine solche Kandidatur zu schiessen? Ist es fair zu versuchen, ihn mit einem Triumphgeheul fertig zu machen, wenn er scheitert? Sollten wir ihm nicht eher dankbar sein? Sollen Wahlen keine Auswirkung

auf die Regierungszusammensetzung haben? Wie weit haben wir es in der Schweiz gebracht mit dem Mundtotmachen und der Schwächung jeglicher Opposition! Das zeigt sich zur Zeit z.B. bei der Unterschriftensammlung für ein Referendum zu den bilateralen Verträgen mit der EU! Da sammeln nicht nur angeblich als «rechtsextrem» verschrieene Kleinparteien eifrig Unterschriften, sondern – völlig verzweifelt und politisch verwaist! – auch verschiedene Grüppchen, die sich selber als «Grüne» und «Linke» verstehen, weil sich die Grüne Partei neuerdings zu einem völlig unselbständigen Wurmfortsatz der Regierungspartei SP entwickelt hat, der nur noch die Befehle vom «grossen Bruder» entgegennimmt!

Dr. Jean-Jacques Hegg,  
a. Nationalrat, Dübendorf

## Völlig überflüssiger Bergier-Bericht

Nun ist also der so genannte Bergier-Bericht über die Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg veröffentlicht worden. Was er an Fakten bringt, ist nicht neu und wurde bereits in den so genannten Berichten Ludwig und Bonjour sowie in weiteren Publikationen längst öffentlich gemacht.

Neu an ihm ist bloss der moralisierend-anklägerische Ton gegen die Schweiz. Der Thesenansatz der herausgebenden Kommission ist falsch. Man kann nicht das Verhalten einfacher Bürger und das Han-

Fortsetzung Seite 12

## Völlig überflüssiger Bergier-Bericht

Fortsetzung von Seite 11

deln von Behörden, die für einen ganzen Staat und ein Volk verantwortlich sind, mit identischen ethischen Massstäben messen. Der einzelne Bürger kann seiner Gesinnungsethik freien Lauf lassen, denn er hat – zumindest ungefähr und im Grossen und Ganzen – die Übersicht über die Folgen seines persönlichen Handelns. Für Behördenmitglieder sieht das anders aus. Sie stecken in einer so genannten verantwortungsethischen Situation (Max Weber). Konnten die Behördenmitglieder, welche 1942 die (unvollkommene) «Schlies-

sung» der Landesgrenzen angeordnet haben, z.B. voraussehen, was für Folgen der Verzicht auf diesen Beschluss hätte auslösen können? Hätten sie voraussehen können, wieviele Flüchtlinge in einem solchen Fall sich in der Zukunft an den Grenzen einfinden und dort um Einlass in die Schweiz bitten würden? Es wären mit Bestimmtheit mehr gewesen als die rund 30'000 Zivilflüchtlinge, welche die Schweiz schliesslich aufgenommen und die 25'000, die sie abgewiesen hat. Sie mussten bedenken, dass ein solcher Verzicht möglicherweise zu einem derartigen Ansturm von Flüchtlingen hätte führen können, dass das eigenstaatliche System der Schweiz unter dem Druck

und der Last zusammengebrochen wäre. Und sie konnten bei ihrem Entscheid nicht abschätzen, wie lange der Krieg und die Umringung der Schweiz durch die eine Kriegspartei noch dauern würde. Hinterher, im Wissen um den weiteren Verlauf der Geschichte, ist man immer klüger! Dass unsere Behörden über Nachrichten von Gräueltaten der Machthaber des nationalsozialistischen Regimes in Osteuropa verfügten, ist nicht zu bestreiten. Aber war für sie unterscheidbar, ob es sich um wahre Vorkommnisse oder um so genannte Gräuelpopaganda der psychologischen Kriegführung handelte, wie im Ersten Weltkrieg geschehen? Ist es derart verwerflich, Mitmenschen

nicht gerade die bösesten Taten zuzumuten? Hauptmotiv der Verfasser ist nicht eine sachlich-nüchterne, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung und die gerechte Beurteilung nun schon längere Zeit zurückliegender Ereignisse, sondern Agitation für eine möglichst grosszügige Asylpolitik in der heutigen Zeit. War es wirklich nötig, für diesen Bericht 22 Millionen auszugeben?

Dr. Jean-Jacques Hegg,  
a. Nationalrat, Dübendorf

Im Zusammenhang mit dem «Bergier-Bericht» haben wir zahlreiche Zuschriften erhalten. Leider können wir nur einen Bruchteil davon veröffentlichen. Hier eine Auswahl.



## Was wir Schweizer wirklich getan haben

Der Bergier-Bericht über die Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg gipfelt in dem Satz: «Für die Juden hätte die Schweiz mehr tun können.» Darf ich, der ich als junger Soldat die damalige Zeit miterlebt habe, bezeugen, was die Schweiz wirklich getan hat? Im Jahre 1942, als der Einmarsch der Hitlertruppen unmittelbar bevorstand, habe ich unter Hauptmann von Erlach (er entstammte einer alten Berner Offiziersfamilie) in Zürich die Infanterie-Rekrutenschule absolviert. Wir wurden geschlaucht wie eine Olympia-Nationalmannschaft, die auf eine Höchstleistung getrimmt wird. Auf unseren Nachtmärschen in der Ver-

legung war ich oft einer Ohnmacht nahe, obschon ich sehr kräftig war. Wir Rekruten beklagten uns nicht, denn wir wussten, dass es um Sein oder Nichtsein unserer Eidgenossenschaft ging. Vom gleichen Geist beseelt waren praktisch alle Soldaten und Offiziere unserer Armee, die damals – um im Sportjargon zu reden – eine Goldmedaille verdient hätten. Die kleine Schweiz im Herzen Europas, eingeschraubt von den siegreichen Achsenmächten, war das einzige Land, das den Truppen Hitlers widerstand. Wenn ein Einzelner oder ein Volk eine Höchstleistung vollbringt, muss man in Kauf nehmen, dass er andere Aktivitäten einschränken muss. Die Schweizer Armee hat erreicht, dass die 30'000 Juden in der Schweiz, vermehrt durch 20'000 jüdische Flüchtlinge, die in der Schweiz Aufnahme fanden, nicht an die Nazis ausgeliefert wurden wie im übrigen Europa. War das keine Leistung? Trotzdem wird das Schweizer Volk diesbezüglich beschimpft und erpresst. Dass ein kleines Volk den Mut aufbrachte, gegen die tödliche Barbarei Hitlers einen Kampf auf Leben und Tod aufzunehmen, und alle Kräfte auf dieses Ziel hin konzentrieren musste, kommt im Bergier-Bericht, der vor Besserwisseri und Moralisierung trieft, nicht zur Geltung. Im Nachhinein weiss man eben immer alles viel besser.

Arnold Guillet, Stein am Rhein

die Landesparole «Wer nicht schweigen kann, schadet der Heimat».

Dass sich die heutige Bundespräsidentin nach Publikation des «Bergier-Berichtes» seitens der Regierung nochmals für das angebliche «Fehlverhalten der Schweiz» entschuldigt, finde ich völlig daneben und unnötig. Auch die Schlagzeile

der Boulevardzeitung Blick: «Das darf nie mehr passieren» ist doch an das falsche Volk gerichtet! Die Schweiz hatte doch nur die Folgen der deutschen Kriegsmaschinerie auf erträgliche Weise zu überstehen, und dies ist ihr rückblickend immerhin gelungen, darüber besteht kein Zweifel!

Albert Stocker, Riniken/AG

## Geschichts-Leugnung

Geschichtsforschung ist zwar keine exakte Wissenschaft; doch gibt es auch hier Fakten, die mit absoluter Sicherheit erwiesen sind. Ein solcher ist z. B. der deutsche Holocaust zur Zeit Hitlers. Schweizer, die ihn leugnen, werden strafverfolgt, ihre mangelnde Einsicht mit Gefängnis und Busse geahndet. Neben diesem braunen Holocaust der Nazis gab es in der selben Zeitperiode auch rote Holocausts. Sie werden heute erstaunlicherweise oft verharmlost oder ganz togeschwiegen, sogar in Werken junger Historiker. Und noch nie ist ein Leugner oder Verharmloser dieser ebenso verabscheuungswürdigen Geschehnisse verurteilt worden. Im Gegenteil, einige haben es in Linksparteien zu bedeutenden Funktionen gebracht.

Nun gibt es auch Leugner von Fakten der neuesten Schweizergeschichte. So hat z.B. der «Historiker» Jakob Tanner gelehrt, die Reduit-Strategie der Schweiz nach ihrer Umzingelung durch die Nazimächte sei eine Demutsgeste gewesen. Unser General habe damit Hitlers Nazireich das schweizerische Mittelland angeboten. Jeder Schweizer, der damals gewirkt hat, sei es beruflich, im Haushalt oder Militär, weiss, dass eine solche Behauptung ein totaler Unsinn ist. Die Reduit-Strategie, das haben wir damals miterlebt und auch wirklichen geholfen, war die beste Alternative, um einem deutschen Angriff möglichst lange erfolgreich zu begegnen. Sie war sicherlich auch ein wichtiger Grund, dass die

deutsche Wehrmacht die Schweiz nicht angegriffen hat.

Was geschah mit dem «Historiker» Tanner, dem Verdreher der Bedeutung der Reduit-Strategie und Leugner einer geschichtlichen Wahrheit? Ist er zur Rechenschaft gezogen, verurteilt worden? Nein, im Gegenteil, er wurde belohnt. Er erhielt eine hoch dotierte ordentliche Professur für «Allgemeine und Schweizer Geschichte der Neueren und Neuesten Zeit» an der Universität Zürich. Zudem wurde ihm ein Sitz in der Bergier-Kommission zugeschanzt, welche die Haltung unseres Landes im Zweiten Weltkrieg zu beurteilen hatte. Er erhielt so nicht nur einen Freipass, seine Irrlehren an junge Geschichts-Studenten weiterzugeben, sondern auch die bundesrätlich abgesegnete Möglichkeit, die Schweizer der Kriegsgeneration zu verunglimpfen, vor dem eigenen Volk und weit schlimmer noch, auch vor dem Ausland. Ein verwirrter Geist, der den Nazi-Holocaust leugnet, wird ins Gefängnis gesteckt, trotzdem niemand ihn ernst genommen hat. Ein so genannter Junghistoriker, der die Geschichte seiner Heimat verdreht, seine Schüler falsch unterrichtet, das Wirken des Kriegsgenerals sowie unserer damaligen Armee und Bevölkerung mit Dreck bewirft, wird hoch belohnt, ungeachtet dessen, dass sein Tun für unser Land und seine Zukunft unvergleichlich viel grössere negative Auswirkungen haben wird.

H. Brandenberger – 1921  
Rigi Kaltbad und Minusio

## Unausgewogenes Zerrbild

Als Bürger und Patriot unseres Landes, der das Kriegsgeschehen interessiert miterlebt hat, betrachte ich den rückblickenden «Bergier-Bericht» als verzerrt und unausgewogen. Wenn darin – ganz im Sinne neuzeitlicher Historiker – unschöne (gesuchte) Einzelfälle herausgepickt und dazu verwendet werden, das Wesentliche in der damaligen schwierigen Zeit zu vertuschen, dann verfälscht man arglistig das seinerzeitige Meinungsbild

im Volke. Das Land zu verteidigen, Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren, war das oberste Ziel General Guisans, der Regierung und des Volkes, das anders als heute eine Einheit bildete. Wer wusste denn schon Genaueres, was an den Schweizer Grenzen vor sich ging, an den Bankschaltern der Zürcher Bahnhofstrasse sich abspielte oder gar, was im Auftrage Hitlers in Deutschland mit den verfolgten Juden passierte, hiess doch

## Protection des langues nationales contre l'influence de la langue anglaise



Bernhard Hess,  
Conseil national,  
Berne

Les langues et les cultures européennes sont de plus en plus influencées par la langue et la culture anglo-saxonne. Cette situation conduit à la perte d'identité des peuples et des groupes en question. C'est dans les pays où l'allemand est langue dominante que ce processus est le plus avancé. La proportion croissante de termes empruntés à l'anglais et à l'anglo-américain place en particulier les personnes âgées et les personnes qui n'ont pas une connaissance suffisante de la langue anglaise face à des obstacles de compréhension et de communication.

En reprenant les expressions d'autres langues, nos langues nationales s'enrichissent. Ce constat est d'actualité, tout particulièrement dans les domaines économique, technique et scientifique où, dans le contexte de la mondialisation, l'emprunt de termes anglais paraît inévitable. Je ne veux pas me faire le porte-parole des puristes et des chauvinistes. Cependant, l'utilisation croissante et exagérée de mots et de tournures issus des pays anglo-saxons nuit à nos langues nationales



et a des conséquences fâcheuses sur le processus de recherche d'identité chez les individus. Si l'on n'empêche pas la pénétration de tournures et de mots anglo-saxons, la langue allemande en particulier risque dans une certaine mesure de s'altérer et ce, bien plus qu'elle ne l'avait fait dans son histoire par

l'emprunt de termes latins et français. Les tournures et les mots anglo-saxons qui sont entrés dans la langue (allemande) ne s'adaptent généralement pas à sa structure et la conséquence en est que sa norme et sa codification en sont menacées. Pour moi, enrayer ce processus constitue notre premier

devoir. Les langues spécialisées et la terminologie propre à toute science sont un cas particulier car il paraît plus sensé de remplacer des termes allemands, mais aussi français, italiens ou rhéto-romanches par des anglicismes dans ces domaines que dans la langue de tous les jours, surtout si les radicaux de ces anglicismes sont utilisés sur le plan international. Il en va de même pour une série de termes internationaux.

Par l'élaboration de dispositions légales, le Conseil fédéral doit tout particulièrement s'engager à ce que les langues nationales continuent à être les langues de l'enseignement et des sciences car elles perdraient sinon leur capacité à s'adapter à la modernité de même que leur pouvoir d'assimilation, deux phénomènes qui caractérisent la mort d'une langue. Le Conseil fédéral doit également inviter les associations de consommateurs à représenter les intérêts de ceux-ci dans ce sens. Les entreprises et les organisations qui font de la publicité en langue anglaise, pour partie ou pour totalité, doivent être priées de remplir leur devoir d'information dans les langues nationales.

Je demande au Conseil fédéral qu'il élabore, en s'appuyant sur les lois françaises sur la protection de la langue, une loi pour la protection des langues nationales (loi sur la protection des langues maternelles) qui contiendrait des dispositions légales pour notamment endiguer le flot de termes anglais.

## La nouvelle politique helvétique à la sauce Deiss

On peut s'imaginer lorsque l'on vote pour une certaine personne qui a comme mission de défendre les intérêts communs de ses concitoyens, qu'elle ne va pas devenir un petit dictateur omnipotent qui ne demande l'avis d'aucun de ses collègues du Conseil fédéral.

Malgré tout, comme Ruth Dreifuss qui n'est en rien l'unique responsable de la gabegie des assurances maladie, Joseph Deiss n'est probablement pas seul à préconiser une nouvelle politique suisse vis-à-vis de l'étranger, mais tous deux sont les porte-drapeaux responsables

devant la population et le fusible en cas de tension trop forte...

Aussi vais-je reprendre quelques hiatus éprouvés formulés par notre conseiller fédéral Joseph Deiss le 4 novembre 1999 à Lausanne, dans le cadre des «Rencontres suisses». Il affirme que «la menace d'une guerre nucléaire s'est considérablement estompée et qu'un conflit classique en Europe n'est heureusement plus à l'ordre du jour.» Son assurance vient du fait que la frontière de l'ex-URSS s'est éloignée de 1000 km depuis les changements intervenus dans le bloc de l'Est. Or, d'après la carte officielle la menace

nucléaire n'est pas une menace de distance vu la prolifération mondiale de ces armes, mais leur proximité partout et surtout en Europe.

De plus, Eltsine, en sus de l'Europe, se rapproche de la Chine pour contrer les USA, il copie point par point la politique agressive de l'OTAN et compare la Tchétchénie au Kosovo, et monsieur Deiss parle avec angélisme d'un futur Eden pacifique. Pour la bombe atomique il y a des frontières, mais pour tout le reste, ces mêmes frontières sont annulées. Paradoxe indécemment ce me semble.

Parlant de l'UE qui se forme autour de nous et sans nous, il ajoute que «notre attentisme nous a tenu et nous tient à l'écart de l'Union européenne au moment où celle-ci agrandit son espace géographique en approfondissant les domaines qu'elle traite.» Cette dernière phrase ne voulant absolument rien dire dans le cas présent, revenons à ce reproche d'attentisme. C'est grâce à lui que notre pays a évité et survécu après deux ou trois guerres européennes. Il n'y a dans la for-

Suite de la page 13

mation de cette Europe en gestation continue et aux soubressauts souvent puants, pas de guerre avec bombes et mitrailleuses, mais il s'agit aussi d'une guerre sourde et pas très appétissante que se livrent sous nos yeux des soidisant responsables autoproclamés. Alors il est sage d'attendre et de voir si la sauce prend ou tourne.

La cerise sur le gâteau, c'est le regret immense de ne pas prendre part aux décisions onusiennes... Mais Monsieur Deiss, avez-vous lu ce dernier rapport contre l'ONU au sujet de l'attentisme aberrant et criminel de ce cher ONU, lors des massacres qui s'organisaient au Rwanda sous la houlette de Kofi Anan? Dieu nous a encore une fois préservé d'être mêlé à ce génocide (tous les membres de l'ONU ne sont-ils pas co-responsables?),

nous qui avons su aussi ne jamais avoir de colonies!

On peut répondre que, en dehors ou en dedans de l'UE ou de l'ONU, nous serons toujours les dindons de la farce et nous serons toujours coupables de n'avoir pas plongé nos mains dans les magouilles internationales. Mais ce n'est pas une raison pour que notre Joseph Deiss aille faire, tous azimuts, des courbettes en distribuant des millions qu'il n'a pas gagnés. A moins qu'il préfère planer sur un petit nuage qui a réalisé enfin son rêve de Mussolini fascinant, ou de Salazar dictateur comme Franco, exprimant avec assurance l'opinion et les desiderata de son peuple qu'il n'a pas consulté. Que font ses collègues à Berne, lui laissent-ils le champ libre? Mais s'ils sont avec et derrière lui, je ne peux que crier: «au loup», pauvre Suisse!

Charlotte Morel

voudrais souligner que cet ostracisme que j'ai constaté à Iasi en Roumanie ou à Zagreb dans les années 30, ne date pas de la guerre du Kosovo et n'a rien à voir avec une épuration ethnique. Si l'on parle d'épuration au sujet des tziganes, celle-ci dure depuis des siècles, c'est-à-dire depuis que dans les pays de l'Est surtout, la sédentarisation s'est mise en place avec difficulté et qu'il y a une certaine jalousie de la part des paysans vis-à-vis de ces gens qui vivent de rapines et de petits boulots convenant à ceux qui ont les côtes en long.

Cette mode est à juxtaposer à ces exceptions douloureuses (voir par exemple nationalistes-nazis) qui sont une aberration du politiquement correct pourrissant sciemment notre vocabulaire.

## Paradoxes ou connivence

Nos journaux d'habitude si disciplinés vis-à-vis du Grand frère, ont osé parler récemment de la torture de type stalinien qui est de retour en Russie. Ils auraient dû être plus précis en disant qu'elle n'avait jamais cessé d'exister. Le KGB (police répressive politique), le GRU (contre-espionnage) et la NKVD (police secrète), tous ces organismes staliniens n'ont jamais été dissout et l'espionnage du département K n'a jamais été actif. Il est naturellement impossible de demander des dédommagements quelconques, mais il est tout aussi indécent de poser la question très actuelle à ce pays, concernant les exigences éthiques contenues dans le Traité de Maastricht ou lors des réunions d'Helsinki.

La Turquie vient d'être admise aux portes de l'UE sous condition première d'abolir la peine de mort et de la torture et d'appliquer les critères démocratiques incluant la liberté d'expression.

Mais ce qui est étrangement paradoxal, c'est que dans l'UE qui appartient à l'ONU au même titre que la Russie qui n'a jamais cessé d'être l'URSS, impose en son sein des critères s'appliquant aux uns mais pas aux autres, selon que vous êtes puissants ou faibles, riches ou pauvres.

## Parlons un peu de la Belgique

Pas du tout pour admirer le mariage princier. Cela passe dans la rubrique mondaine et nous sommes loin de ces légèretés. L'affaire Dutroux ayant destabilisé les gens mais aussi leur pouvoir judiciaire, il est presque normal que le gouvernement prenne des mesures pour renforcer sa police et un contrôle plus strict des affaires graves.

Cela inclus aussi et surtout l'expulsion vers la Slovaquie de dizaines de Tziganes déboutés du droit d'asile. En effet, les gens du voyage qui ont comme credo l'errance, ne peuvent prétendre à l'asile qui sé-

dentarise. Une fois de plus, ce peuple dérange et fait peur et un jour ou l'autre, il faudra bien qu'il reste dans sa région d'origine, la Hongrie et la Valachie.

Une fois de plus, constatons que ce qui agace aujourd'hui dans les migrations de plus en plus importantes, c'est le même sentiment de rejet qui se porte sur les Roms depuis des siècles, et par prolongation, sur le statut du Juif errant. Si l'on veut parler de discrimination raciale qui se focalise sur le peuple juif, ajoutons-y les Romanichels.

## Réfugiés: La Suisse comparée aux autres pays

A l'heure actuelle, quelque 180'000 personnes relevant du domaine de l'asile séjournent en Suisse. Plus de la moitié d'entre elles disposent d'un droit de séjour à long terme ou limité.

Au cours du conflit au Kosovo de mai 1998 à août 1999, ce ne sont pas moins de 50'000 individus qui ont cherché protection en Suisse. En 1999, notre pays aura consacré environ un milliard de dollars à l'assistance et à l'encadrement des requérants d'asile.

Proportionnellement à sa population, la Suisse reste l'Etat occidental qui enregistre de loin le plus grand nombre de demandes d'asile.

En chiffres absolus, elle compte cette année approximativement 46'000 requérants, se situant par là même après la République fédérale d'Allemagne et la Grande-Bretagne, mais devant largement de grands pays tels que les USA, le Canada, la France ou l'Italie.

### Nombre de demandes d'asile pour 1'000 habitants

Suisse	8.06
Belgique	2.98
Pays-Bas	2.73
Norvège	2.04
Suède	1.33
Allemagne	1.27
Irlande	1.27
Danemark	1.2
Autriche	1.1
Grande-Bretagne	1.07
Canada	0.88
Australie	0.84
Finlande	0.47
France	0.44
Espagne	0.19
Italie	0.18
USA	0.15

De septembre 1998 à août 1999; source: IGC; Italie, France et Australie: estimations IGC

## Le Piloni

### Roms ou tziganes

La polémique au sujet de ces gens du voyage fait rage du côté de Versoix, car ils arrivent de plus en plus nombreux et les places qui leur sont réservées deviennent de ce fait de plus en plus petites. Pour trouver dans le minuscule canton de

Genève d'autres surfaces disponibles pour ce genre d'exercice, c'est un casse-tête.

Dans le même temps, le «Mouvement pour une Suisse ouverte aux réfugiés» critique le renvoi en ex-Yougoslavie de Tziganes Roma, peuple sujet depuis des décennies à des violences dans les Balkans. Je

**DS**   
**Démocrates Suisses**

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

### ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: \_\_\_\_\_

Prénom: \_\_\_\_\_

Profession: \_\_\_\_\_

Date de naissance: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Signature: \_\_\_\_\_

Téléphone: \_\_\_\_\_

Envoyer à:  
Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des  
Démocrates Suisses **DS** 

Secrétariat central:  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 311 27 74  
Fax 031 - 312 56 32  
Internet:  
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:  
Démocrate Suisse  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 311 27 74  
Fax 031 - 312 56 32  
E-Mail:  
info@schweizer-demokraten.ch

**Immigration ou invasion**

La France se distingue à nouveau dans sa politique d'immigration. Romano Prodi nouveau responsable de la l'Union Européenne vient de déclarer à l'issue du Sommet de Tempere en Finlande, que «la France respectera la longue tradition d'ouverture de l'Europe au-delà de ses frontières.» Concrètement cela veut dire que l'UE après avoir supprimé le concept de frontières, va faciliter l'installation des étrangers sur sol européen. Pour la Suisse, cela signifie que sa politique du troisième cercle ne servira à plus rien si les Africains ou les Vietnamiens deviennent Français.

**Résistance à l'Occident**

Deiss veut nous faire entrer à l'ONU. Nous venons de voir ci-dessus les énormes paradoxes qui se heurtent au sein de cette institution. Malgré sa maladie, le Président Eltsine, président d'un pays membre de l'ONU, s'est rendu à Pékin pour signer un pacte de non agression et même d'entraide militaire avec la Chine et la Biélorussie. Ce nouvel Axe Minsk-Pékin qui est une résistance à l'OTAN et à l'Occident (disons ONU) prend forme. Ce n'est donc pas le moment pour la Suisse d'entrer dans le «machin». *Octopus*

**Pour comprendre la guerre en Tchétchénie**

Beaucoup ne voient dans cette guerre que ce que les médias leur expliquent, souvent en contradictoires déductions, surtout aujourd'hui, alors que la guerre froide repart de plus belle entre l'Est et l'Ouest. Beaucoup de politologues ont compris, au vu des conflits qui ne veulent pas dire leur nom et qui se multiplient dans le bloc de l'Est, que la situation précédant l'écroulement du Mur de Berlin, valait mieux que cette neutralité coûteuse enrobée de palabres politiques sans substance qui envahit maintenant chaque Congrès ou Réunion au Sommet. Quel Sommet? Cette ligne directrice obligée de la politique mondialiste qui est d'utiliser et de laisser agir l'islam comme tête de bélier pour détruire, ou comme cheval de Troie pour infiltrer la résistance chrétienne restante pour ensuite l'anéantir à son tour comme un obstacle à l'**œcuménisme maçonnique panthéiste**, base idéologique de la République Universelle.

Ce n'est pas sans raison qu'il y eut d'abord la guerre du Golfe comme terrain d'essai, puis coup sur coup la Bosnie, l'Afghanistan, le Kosovo et aujourd'hui la Tchétchénie. La grande Russie très orthodoxe étant dans le secret de ce complot mondialiste qui s'acharne à vouloir diriger les nations, ce pays qui agonise sous sa mafia, son KGB et son GRU qui n'ont jamais cessé d'exister, brandit son fer de lance qui s'appelle Eltsine et le soutiendra jusqu'à ce qu'il provoque une troisième guerre mondiale ardemment souhaitée par le bloc Américano-israélien qui se rend compte que le seul obstacle à son hégémonie, c'est l'islam. Les musulmans ne sont pas disposés, à l'inverse des chrétiens européens, à accepter une loi qui ne serait pas celle du Coran et un pouvoir public qui ne se référerait pas à elle. D'où la nécessité de pourrir, d'infiltrer les pays réfractaires et de les soumet-

tre par la force. Mais il faut trouver et créer cette force. Quoi de plus facile que d'utiliser un Eltsine moribond et ayant ruiné son pays, pour mettre de quelque manière que ce soit, le feu aux poudres même au prix d'une certaine contradiction. D'aucun ont même prédit qu'une guerre atomique ayant son foyer en Orient, pourrait aussi détruire Israël. Mais il a été répondu que «les Juifs d'Israël pourront demain être sacrifiés comme victimes propitiatoires destinées à cimenter par leur sang les assises de la nouvelle Jérusalem mondiale.» Cela ne vous rappelle-t-il pas les camps de concentration désignés au départ comme l'Holocauste qui créera des victimes propitiatoires qui serviraient et effectivement ont servi à cimenter l'idée d'un peuple juif à part, s'élargissant sous le signe de la Shoah? Ce procédé est satanique et monstrueux, car pour arriver à leur fin, les Illuminés de Bavière qui forment aujourd'hui la franc maçonnerie mondiale ne reculent ni devant le crime, ni devant le génocide, bientôt devant une guerre nucléaire, pour assoir leur puissance. Ils ont réussi à faire s'entretuer des chrétiens occidentaux pendant la 2e Guerre mondiale en exacerbant leur patriotisme nationaliste, aujourd'hui, ils utilisent le fanatisme religieux pour attaquer l'islam par la bande et rendre des millions de croyants fous furieux. La Russie possédant l'arme atomique n'aura d'autre possibilité pour s'en sortir que de l'employer, ce qui sera un prétexte adéquat pour l'OTAN d'entrer dans la danse en appliquant les tactiques les plus appropriées utilisées dans la guerre contre l'Irak musulman.

On a très peu disserté sur les propos d'Alexandre Lebed qui assura lors d'une conférence de presse déjà en 1997, que «des centaines de minibombes atomiques ont disparu des stocks de l'ex armée soviétique et que des milliers de soldats sous

couvert de civils dormant, vivent actuellement aux endroits les plus vulnérables». Il ajouta qu'ils possédaient les listes du KGB où figuraient les personnes à assassiner dès le début des hostilités. En 1992, le colonel Stanislas Lunev, sans doute le plus haut gradé du GRU, passa comme transfuge en Occident et il affirma qu'il avait eu pour mission de trouver des caches dans une vallée de Virginie ou de l'Hudson pour y enterrer des valises de

20 à 25 kilos, contenant ces minibombes atomiques.

Terminons par ce que dit le Talmud, un livre éminemment prophétique, «que le monde à venir sera caractérisé par l'esclavage des royaumes païens. Alors Israël possédera le monde d'un bout à l'autre.»

Il reste la question: Quel Israël si ce pays doit devenir celui des victimes propitiatoires?

*Maria de Seimners*

**Mobilisation****C'est la dernière heure qui sonne!****Seulement si vous êtes prêts à vous impliquer personnellement en récoltant****10 signatures****ou plus, il sera possible de faire aboutir notre référendum contre les accords bilatéraux Suisse - UE.****Chaque signature compte! Merci beaucoup.****Démocrates Suisses, Case postale 8116, 3001 Berne****Rudolf Keller**  
*a. Conseil national*  
**Président central****Hans Steffen**  
*a. Conseil national***Bernhard Hess**  
*Conseil national*  
**Secrétaire central****Taisez-vous!**

Messieurs-nous-savons-tout de la Commission Bergier, j'aimerais vous dire à la suite des nombreuses critiques qui se sont accumulées depuis vendredi 17 décembre 1999 sur votre œuvre monumentale et monstrueusement coûteuse, que votre plus grave erreur fut de ne pas avoir invité le cinéaste Spielberg à recréer autour de vous, l'atmosphère réelle qui régnait à l'époque tant critiquée par des hommes en col blanc qui, comme le docte commentateur de Dardel, n'a jamais dû porter un uniforme. Spielberg, dans son film: «Retrouvez le soldat Ryan» a suscité dans l'esprit des téléspectateurs l'horreur intense et la peur panique qui régnait lors du débarquement de Omaha Beach.

Entouré d'obus qui éclatent, de centaines de morts qui baignent dans leur sang, de colonnes de réfugiés qui s'agglutinent aux frontières, d'infirmières et de médecins débordés», auriez-vous, Messieurs de la Commission osé critiquer sans vergogne les Suisses réfugiés sur leur esquif qui tanguait sur une mer en feu dont ils ne pouvaient sortir?

Si au lieu de vous empiffrer avec volupté de bons repas qui entre-couperent voluptueusement vos

recherches, si on vous avait signé dans un abri de la défense civile, n'ayant comme pitance que des patates sans viande accompagnées de rares croûtons de pain au maïs, et ceci après avoir présenté des coupons à l'entrée, vous auriez compris que la notion de juif ou de mouton, n'avait plus aucun sens devant la menace allemande et italienne de l'AXE. Il ne restait plus qu'une peur globale pour tous, sauf pour nos responsables gouvernementaux dont le devoir était de faire surnager à tout prix le bateau Helvétie. Et ce «à tout prix» pour les Suisses, s'appelait hypocrisie, louvoiement, mensonges et fausses promesses. Cela valait certainement mieux que des bombes et le gaz ypérite utilisé à cette époque.

D'ailleurs, soyons logiques jusqu'au bout et foin des phrases verbeuses des de Dardel. Vous ne seriez pas là Messieurs de la Commission Bergier à venir juger après cinquante ans un peuple qui a offert son maximum, car il n'y aurait plus de Suisses, plus de banques suisses, et surtout plus de réfugiés qui auraient été tous liquidés comme les autres dans la tourmente. Donc taisez-vous!

*Mary Meissner*

**Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten** **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 311 27 74  
Telefax 031 312 56 32  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
Internet:  
www.schweizer-demokraten.ch  
E-Mail:  
info@schweizer-demokraten.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**  
Rudolf Keller, SD-Zentral-  
präsident, Frenkendorf  
Dr. Jean-Jacques Hegg,  
Dübendorf (Leben und Umwelt)  
Bernhard Hess, Nationalrat,  
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)  
Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,  
Einwohnerat, Baden  
Willy Schmidhauser, Präsident  
SD Thurgau, Dettighofen  
Hans Steffen, Fischenthal


**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**  
**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der  
Schweizer Demokraten (SD)  
werden!  
 Nur Zeitungsabonnement  
 Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
E-Mail: info@schweizer-demokraten.ch

## SD gegen Strafbefreiung des Drogen- konsums

Die Schweizer Demokraten (SD) lehnen den Entwurf zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) entschieden ab. Zwar wird anerkannt, dass bei der Prävention gegen Alkohol- und Tabakmissbrauch durchaus Verbesserungen vorgenommen wurden. Hingegen kann eine generelle Strafbefreiung des Konsums von Betäubungsmitteln, auch von Cannabisprodukten, keineswegs hingenommen werden. Das Tetrahydrocannabinol, die Rausch erzeugende Substanz dieser Produkte, ist keineswegs die harmlose Substanz, als die sie an-

gebliche «Fachleute» hinstellen. Diese «Fachleute», welche die Entkriminalisierung von Haschisch und Marihuana befürworten, sind zudem meist weder Pharmakologen noch Psychiater. Zum Beispiel haben auch Haschisch und Marihuana eine erhebliche Langzeitwirkung und sind des Öfteren an Verkehrs- und Arbeitsunfällen beteiligt, wobei die Öffentlichkeit davon kaum je etwas davon erfährt. Weil solche Drogen – im Unterschied zum wasserlöslichen Alkohol – fettlöslich sind, werden sie auch viel langsamer wieder aus dem Körper ausgeschieden, da sie am

Körperfett regelrecht haften. Betreffend der Methadonprogramme und der Abgabe von Heroin sind die SD überzeugt, dass diese Massnahmen kontraproduktiv sind, denn sie untergraben die Motivation der Süchtigen für einen Entzug, der allein eine wirkliche Heilung von Drogen bringt. Nach Ansicht der SD sind die gesetzlichen Möglichkeiten vorhanden, den Drogenmissbrauch einzudämmen.

*SD-Medienmitteilung  
von 6. Januar 2000,  
Grossrat Dr. Dragan Najman,  
SD-Presseschef, Baden*

### Bemerkenswerte Zuschrift:

## SD: Mit Mut in die Zukunft!

In der letzten Ausgabe «Schweizer Demokrat» haben Leserbriefschreiber der SD Mut gemacht, bei der bisherigen Politik zu bleiben. Diese Politik unterstütze auch ich. Bis in vier Jahren werden alle bisherigen enttäuschten Wähler wieder zur SD zurückkehren. Das Beispiel Aargau: Am 18. April 1999 wurde das neue Steuergesetz angenommen. Die SVP und die FDP weibelten dafür. Auf Jahreswechsel 2000 verlangt die Aargauer Regierung eine neue Steuererhöhung, also mehrheitlich SVP und FDP. Was die SVP betreffend bilaterale Verträge für eine Rolle spielt, ist inzwischen klar. Schluss-

folgerung: Die Wählerinnen und Wähler, die auf Hilfe gegen die ständigen Steuererhöhungen und gegen die EU hoffen, sind voll angelegen worden. Ich werde die SD nach meiner Möglichkeit weiter materiell unterstützen. Die verwitweten Rentner werden von den Steuerbehörden besonders abgerissen, daher bleibt meine Leistung beschränkt. Ich bin wegen Ungereimtheiten aus der Kirche ausgetreten. Den Kirchensteuerbetrag werde ich im Jahr 2000 der SD überweisen, wobei ich auch an die Kantonalsektion denken werde.

*Paul Tschamper, Zofingen*

### Leserinnen und Leser fragen – unsere Redaktion antwortet:

## «Tiere als Sache?»

In der vergangenen Session bodigte der Nationalrat mit den Stimmen der SVP und FDP die Reform «Tiere sind keine Sache». Unter Anführung von Nationalrat Caspar Baader (SVP/BL) stimmten unter Namensaufruf 85 fast ausschliesslich bürgerliche Nationalräte dafür, dass Tiere juristisch gesehen künftig als Ware, als Sache behandelt werden sollen. Über diesen unverständlichen Beschluss des Nationalrates sind zahlreiche SD-Freunde empört und betroffen. SD-Nationalrat Bernhard Hess entpuppte sich als Tierfreund. Getreu dem SD-Parteiprogramm («Der Schutz des Menschen, des Tieres und der Umwelt bildet eine Einheit») stimmte er unter Namensaufruf dagegen, dass Tiere auch künftig als Sache behandelt werden sollen. Nun zeigen auch die Tierfreunde Krallen. So prüfen die Gesellschaft Schweizerischer Tierärzte und die Stiftung für das Tier im Recht eine Volksinitiative.

### Leserumfrage:

## Sollen sich die SD (anders als die SVP) vermehrt um den Tierschutz kümmern?

Schreiben Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema. Einige Leserbriefe werden wir gerne im nächsten «Schweizer Demokrat» veröffentlichen. Die Redaktion behält sich jedoch das Kürzen von Leserbriefen vor. Schicken Sie Ihren Beitrag an Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post info@schweizer-demokraten.ch. Wir freuen uns auf Ihren Beitrag.

*Ihre SD-Redaktion*

### Helfen Sie uns Kosten sparen!

*Sehr geehrte Mitglieder und Sympathisanten*

Wir danken Ihnen ganz herzlich für die grosse Unterstützung, die Sie uns immer wieder zukommen lassen. Nur dank Ihrer Hilfe ist es uns möglich, auch weiterhin für unsere Heimat zu kämpfen. Es scheint uns wichtig, dass möglichst wenig Geld für «administrative Kosten» verlorengelht. Dabei können Sie uns wie folgt helfen:

- 1. Wenn Sie die Wohnung wechseln:** Melden Sie uns die neue Adresse möglichst früh vor dem Zügeltermin, damit wir Ihre Adresse auf den Termin hin ändern können. Die Post verlangt nämlich seit Neujahr Fr. 1.50 pro Adressänderung, die sie uns meldet (bisher 30 Rappen).
- 2. Wenn Sie ein Post- oder ein Bankkonto haben:** Machen Sie Ihre Zahlungen möglichst mittels Zahlungsauftrag. Jede Bareinzahlung am Postschalter kostet uns nämlich eine Bearbeitungsgebühr, bei einer Einzahlung von Fr. 10.– z.B. Fr. 1.20, bei einer Einzahlung von Fr. 100.– Fr. 1.50. Auf diese Weise liessen sich jedes Jahr viele tausend Franken einsparen. Machen Sie mit? Wir danken Ihnen.

*SD-Geschäftsleitung*

## SD auf Internet – täglich aktuell!

**www.schweizer-  
demokraten.ch**